

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Haus“.

Schalter-Gasse geöffnet von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Preis:

„Tagblatt-Haus“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 8 Uhr abends, außer Sonntags.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pf. monatlich, 2. — vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Beleglohn. W. S. — vierteljährlich durch alle deutschen Postanstalten, einschließlich Beleglohn. — Bezugs-Beleglohn nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Zweigstelle Wiesbaden, sowie die Postämter in allen Teilen der Stadt; in Bielefeld: die dortigen Postämter und in den benachbarten Landorten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeile: 15 Pf. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Kleiner Anzeiger“ in runderlicher Spalte; 20 Pf. in denen abweichender Schaulichkeit, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pf. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 Pf. für lokale Anzeigen; 2 Pf. für auswärtige Anzeigen. Ganze, halbe, dritte und vierte Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zwischenräumen entsprechender Rabatt.

Anzeigen-Ausnahme: Für die Abend-Ausg. bis 12 Uhr mittags; für die Morgen-Ausg. bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatts: Berlin-Wilmersdorf, Glinkestr. 66, Fernspr.: Amt Hl. 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Dienstag, 28. April 1914.

Morgen-Ausgabe.

Nr. 195. • 62. Jahrgang.

Wie wird's im Reichstag?

Heute Dienstag nimmt der Reichstag nach den ausgedehnten Osterferien seine Arbeiten wieder auf, und es soll alsbald eine Verständigung mit der Regierung darüber herbeigeführt werden, wie der weitere Verlauf der Reichstagsverhandlungen zu gestalten ist, was von dem ungeheuren Arbeitsmaterial noch aufgearbeitet werden kann, und ob die Session auf dem Wege des Schlusses oder der Vertagung ihr Ende finden soll. Von den etwa vier Wochen, die dem Reichstag bis Pfingsten noch bleiben, wird allein die Erledigung des Etats so ziemlich die Hälfte in Anspruch nehmen. Am 1. April hätte er vorchriftsmäßigerweise fertiggestellt werden sollen, während bisher nur Reichsjustizamt, Reichseisenbahnamt, Reichseisenbahnen, Reichsfinanzamt, Kolonien, Marine und Post in zweiter Lesung erledigt worden sind, so daß also der Militäretat und der Etat des Reichsfanzlers und des Auswärtigen Amtes noch ausstehen, die, vor allem auch mit Rücksicht auf die mancherlei weitpolitischen Zeit- und Streitfragen (Mexiko, Albanien) zu eingehenden Debatten Anlaß bieten werden.

Außer dem Etat steht noch eine ganze Reihe weiterer wichtiger Gesetze in den Kommissionen, nämlich die Vorlagen über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, über die Konkurrenzklause, über das Petroleummonopol, über den Luftverkehr, über die Wiederaufnahme des Disziplinarverfahrens, das Spionagesgesetz, die Novelle zur Gewerbeordnung, die Befoldungsvorlage, die Novelle zum Militärstrafgesetz und der Gesetzentwurf über die Errichtung eines Kolonialgerichtshofes. Die Lage ist dadurch außerordentlich schwierig und heikel geworden, daß die Regierung nicht weniger als vier Vorlagen in der Fassung, die sie in der Kommission erhalten haben, für unannehmbar erklärt, und zwar sind dies die Abänderung der Konkurrenzklause, die Wiederaufnahme im Disziplinarverfahren, die Novelle zum Militärstrafgesetz und die Befoldungsnovelle. Was die drei ersteren betrifft, so rechnet man darauf, daß sich zum Schluß doch noch die Grundlage zu einem Kompromiß finden wird, während eine solche in bezug auf die Befoldungsnovelle in keiner Weise in Aussicht steht. Sämtliche Parteien des Reichstags haben ihren entschiedenen Willen bekundet, bei dieser Gelegenheit zugleich die schlimmsten Härten und Ungleichheiten in der Befoldung einiger Unterbeamtenkategorien zu beseitigen, aber die Reichsregierung hat erklärt, daß sie in voller Übereinstimmung mit der preußischen Staatsregierung fest entschlossen sei, nicht über den in der Befoldungsnovelle gesteckten Rahmen hinauszugehen. Soffentlich wird es der Regierung und dem Reichstag hierbei nicht ergehen wie den beiden Königskindern, die nicht zusammenkamen, weil die Wasser allzu tief waren, denn die Verantwortung für das gänzliche Scheitern der Befoldungsnovelle wird zum Schluß weder die Regierung noch der Reichstag auf sich nehmen wollen.

Außer den schon genannten vier Vorlagen, auf die hoffentlich das Wort zutreffen wird, wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg, rechnet man vor allem noch auf die Erledigung des Kennzeichengesetzes, der Kolonialgerichtshofvorlage, der Getreidestatistik und der Dampferlubensationsvorlage, die dem Reichstag noch unmittelbar vor seiner Vertagung ausgegangen ist. Dagegen werden eine Anzahl heftig umstrittener Vorlagen unerledigt bleiben, nämlich das Petroleumgesetz, die Spionagevorlage, der Entwurf über die Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, die Hausierhandelsgebetenovelle, die sogenannte kleine Rex Seize und die Vorlagen über die Schanz- und Kinokonzessionen, während das wiederholt angekündigte Kaligesez dem Reichstag fürs erste überhaupt nicht zugehen wird, da es schon im Bundesrat auf ernsthafte Schwierigkeiten gestoßen ist.

Die Frage, ob der Reichstag vor Pfingsten vertagt oder geschlossen werden soll, ist trotz aller diesbezüglichen Meldungen bisher noch nicht positiv entschieden, da auch hierüber erst zwischen Regierung und Parlament ein Einvernehmen erzielt werden soll und diese Frage im übrigen auch von dem weiteren Gang der Reichstagsarbeiten abhängt. Die Vertagung ist ja allgemach von einer Ausnahme fast zur Regel geworden. In der verflochtenen Legislaturperiode hatte eine Session sogar einen Rekord von 2½ Jahren zu verzeichnen, und die laufende Session würde im Fall einer Vertagung jenen Rekord noch schlagen, denn sie begann am 7. Februar 1912, dauert also schon jetzt beinahe 2½ Jahre. Wenn von einigen Seiten der Standpunkt vertreten wird, daß der Reichstag eine Vertagung statt des Schlusses aus Rücksicht auf den ungeschmälerten Genuß der Freifahrtarten anstrebe, so werden die Herren M. d. R. gegen diese Unter-

stellung wohl entschieden Einspruch erheben. Im übrigen tragen an der Überlastung der Sessionen, die zu deren chronischer Vertagung führt, Regierung und Reichstag in gleicher Weise die Schuld. Jene durch die übermäßige gesetzgeberische Produktivität, dieser durch den gleichen Überreifer — man denke nur an die endlosen Initiativanträge! — und zugleich durch die nicht zu bändigende Neblust, die allgemach zu einem regelrechten Wettrennen der Parteien geführt hat. Wo bei es für die unermüdeten Oratoren ein schmerzliches Gefühl sein muß, zu wissen, daß der größte Teil ihrer Reden nicht einmal mehr zum Fenster hinaus, sondern nur noch für die Parlamentsstenographen gehalten wird.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. Kronprinz Georg und Prinz Friedrich Christian von Sachsen sind gestern mittags 11½ Uhr zur Befichtigung und Informationszwecken in Reg. eingetroffen.

Der italienische Votschaffer an dem Berliner Hof, Riccardo Ballati, wurde vorgestern mittags in Marstrube vom Großherzog von Baden in Audienz empfangen. Vorgestern abend fand bei den großherzoglichen Herrschaften Hofgesellschaft statt, bei welcher der Gesandte auch von der Großherzogin empfangen wurde. Gestern mittags 1 Uhr war beim Staatsminister Herrn v. Dufsch-Brücknerhof zu Ehren des italienischen Diplomaten.

× Die Stärke der Fraktionen des Reichstags. Seit den letzten allgemeinen Reichstagswahlen haben die einzelnen Fraktionsziffern mancherlei Veränderungen erfahren. Diese Verschiebungen sind teils eine Folge der vielen Reichstagsnachwahlen seit Januar 1912, teils beruhen sie darauf, daß Abgeordnete, welche sich zuerst keiner Fraktion angeschlossen hatten, später einem Fraktionsverbande beitraten. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion zählt jetzt 111 Mitglieder, die Zentrumsfraktion 91, beide zusammen 202 von insgesamt 397 Reichstagsmitgliedern, also die Mehrheit. Es folgen dann die Nationalliberalen mit 45 Mitgliedern, die Deutschkonserbativen mit 44, die Fortschrittliche Volkspartei mit ebenfalls 44, die Polen mit 18, die Reichspartei mit 12, die Wähler mit 9, die Wirtschaftliche Vereinigung mit 9, die Deutschannoveraner mit 5, der Bayerische Bauernbund mit 2 und die Dänen mit 1 Abgeordneten. Dazu kommen noch 6 „Wiß“, nämlich die Abgeordneten Dr. Becker (Wien), Herr v. Sehl zu Herrnsheim, Graefe (Bauhen), Graf Oppersdorf, Dr. Graf Rofadomsh und Hestermann. Die noch erledigten Mandate sind in dieser Statistik denjenigen Parteien zugezählt, welche bisher im Besitze der Mandate sich befanden.

sh. Ein Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht. Unter sehr starker Beteiligung von Interessenten aus den verschiedensten Berufen fand im Berliner Architektenhause ein Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht statt, der von zwölf Berufsorganisationen einberufen war, nämlich dem Allgemeinen Verband der deutschen Bankbeamten, dem Allgemeinen Vereinigung deutscher Buchhandlungsgehilfen, dem Bund der technisch-industriellen Beamten, dem Deutschen Steigerverband, dem Deutschen Technikerverband, dem Deutschen Zeichnerverband, dem Verband der Bureauangestellten, dem Verband der Kunstgewerbezeichner, dem Verband technischer Schiffs-offiziere, dem Verein der deutschen Kaufleute, dem Meisterverband für das Buchbindergebeten und dem Zentralverband der Handlungsgehilfen. Den Vorsitz in der Versammlung führte Schweiher vom Bund der technisch-industriellen Beamten. Rechtsanwält Dr. Hugo Singheim (Frankfurt a. M.) sprach über „Die Notwendigkeit des einheitlichen Angestelltenrechts“. Nach dem beifällig aufgenommenen Referat wurde folgende Resolution angenommen: „Die bestehenden Unterschiede in den Rechtsverhältnissen der verschiedenen Angestellungsgruppen sind weder in den wirtschaftlichen Verhältnissen begründet, noch entsprechen sie den Forderungen der Gerechtigkeit. Auch die Zerschüttelung des Dienstvertragsrechts der Angestellten in sechs Reichsgesetze und Duzende von Landesgesetzen ist unhaltbar, weil die einzelnen Gruppen der Angestellten nicht scharf untereinander abzugrenzen sind. Sie bildet außerdem, wie die Vorpänge der letzten Jahre mit aller Deutlichkeit gezeigt haben, ein wesentliches Hindernis einer wirksamen Sozialpolitik für alle Angestelltenberufe. Der Kongreß für einheitliches Angestelltenrecht erklärt es deshalb für dringend notwendig, daß, unbeschadet der Notwendigkeit, die Besonderheiten der einzelnen Angestelltenkategorien zu berücksichtigen, ein einheitliches Angestelltenrecht geschaffen wird. Er betont jedoch ausdrücklich, daß ein einheitliches Recht, das sich auf die bloße Ausgleichung der bestehenden Unterschiede und die formale Zusammenfassung der Rechtsvorschriften beschränken würde, den zu stellenden Anforderungen noch keineswegs entspräche, vielmehr kommt es vor allem darauf an, die Rechtsverhältnisse aller Angestelltenkategorien einer durchgreifenden Reform im sozialen Sinne zu unterziehen. Dabei ist sich der Kongreß bewußt, daß angesichts der Übereinstimmung der Grundfragen des Angestelltenrechts mit denen des Arbeiterrechts das einheitliche Angestelltenrecht nur eine Etappe auf dem Wege zum allgemeinen Arbeitsrecht bilden wird. Der Kongreß fordert die beteiligten Angestelltenverbände auf, die Schaffung eines einheitlichen Angestelltenrechts nach Kräften zu fördern.“

sh. Hauptversammlung des Vereins für Handlungs-Kommis von 1858. Der Verein für Handlungs-Kommis von 1858 (Kaufmännischer Verein), der jetzt rund 130 000 Mitglieder zählt, trat am Samstag in Hamburg im Patriottischen Hause zu seiner 55. Hauptversammlung zusammen. Aus dem gedruckten vorliegenden Geschäftsbericht geht hervor, daß der Verein im Berichtsjahr 11 446 Stellen vermittelte, das sind 500 mehr als im vergangenen Jahr. Die Einnahme und Ausgaberechnung balanciert mit 1 307 000 M. Bericht und Abrechnung wurden nach längerer Aussprache genehmigt. Die weitere Erörterung drehte sich in der Hauptsache um die Lage der älteren Handlungsgehilfen und um die schwebenden sozialpolitischen Fragen. Auch wurden grundsätzliche Erörterungen gepflogen über die Verwaltung des Vermögens und über seine Anlegung in eigenen Grundstücken des Vereins. Die handelspolitische Arbeit der Sozialen Arbeitsgemeinschaft der kaufmännischen Verbände, die über 300 000 Berufsangehörige umfaßt, fand die Zustimmung und Anerkennung der Hauptversammlung. Eine Entschließung fand einstimmige Annahme, in der es u. a. heißt: „Die Hauptversammlung des Vereins für Handlungs-Kommis von 1858 in Hamburg bedauert die am 20. Januar 1914 im Reichstag abgegebene Erklärung des Reichsstaatssekretärs des Innern Dr. Delbrück, der in unzweideutiger Weise als Absicht der Verbündeten Regierungen zum Ausdruck brachte, daß unsere sozialpolitische Gesetzgebungsarbeit an einem gewissen Abschlusse angelangt sei. Die Hauptversammlung stellt zunächst fest, daß diese Auffassung im Widerspruch steht zu den Worten der Thronrede vom 7. Februar 1912, und erwartet von den Verbündeten Regierungen wie vom Reichstag eine Fortsetzung unserer Sozialpolitik. Sie hält eine Erfüllung der sozialen Wünsche der Angestellten unter selbstverständlicher Wahrung der Bedürfnisse der gesamten Volkswirtschaft nicht nur zum Wohle der Angestellten, sondern insbesondere auch aus nationalen Gründen für dringend geboten.“ — Eine von den Bezirken im Königreich Sachsen eingebrachte Entschließung mit Vorschlägen zur Beseitigung der Lage der älteren Handlungsgehilfen wurde der Verwaltung als Material überwiesen. — Im Anschluß daran wurden die Ergänzungswahlen zum Aufsichtsrat vorgenommen: Emil Schell und M. Bruum (Hamburg), Friedrich Ellertzel (Berlin), Oskar Kirchner (Hildesheim) und Eugen Demmig (Dresden).

S. Die Hauptversammlung des Hilfsvereins deutscher Juden. Der Hilfsverein deutscher Juden hielt am Sonntag in Berlin seine diesjährige Hauptversammlung ab. Unter den Anwesenden befanden sich u. a. Dr. James Simon, die Abgeordneten Geh. Rat Cassel und Wolff-Lissa, Geh. Rat Bahr, Professor Rittwisch und Rabbiner Dr. Werner (München). Der Vorsitzende, Dr. James Simon, und der Geschäftsführer, Dr. Paul Nathan, erstatteten eingehend Bericht über die Tätigkeit. Die Mitgliederzahl hat sich erhöht. Die Ausgaben erreichten im Jahre 1913 eine Höhe von einer Million Mark. Das Schulwerk des Hilfsvereins umfaßt gegenwärtig 44 Anstalten mit insgesamt 7000 Schülern. In Rußland war, wie der Bericht weiter ausführt, die Lage der Juden im vergangenen Jahre noch schlechter als sonst. Die Mitteilung Dr. James Simons, daß drei Mitglieder eines Grenzkomitees, die weiter nichts taten, als ihren bedrängten Glaubensgenossen Hilfe zu bringen, verhaftet und nach Sibirien verbannt worden seien, rief große Entrüstung hervor. Dr. Paul Nathan gab dann noch eine interessante Darstellung der Lage der Juden auf dem Balkan.

sh. Die Deutsche Zentrale für Jugendfürsorge trat im Plenarsitzungslokal des Reichstages zu ihrer 12. Konferenz zusammen, die zahlreich besucht war. Als Hauptthema behandelte die Konferenz die Frage nach der Wöbe der weiblichen Großkadiuand. Der Referent Schulrat Bröckmann (Kübel) betonte zunächst den Unterschied, der sich bei der Entwicklung der weiblichen Jugend in der Klein- und Großstadt bemerkbar mache. In der Kleinstadt sei ein ruhiges Leben inmitten der Familie, ein bescheidenes Entfalten der sich selbst. Die gesamten äußeren Verhältnisse, das Familienleben, die Wohnungsverhältnisse, Freundschaften usw. seien günstige Momente gegenüber dem Leben in der Großstadt. Hier wohnen die Familien eng beieinander, die Verbindung mit der Natur fehlt und auch das Familienleben ist nicht so intensiv. Vielfach komme es doch vor, daß der Vater durch seinen Beruf in Anspruch genommen sei und sich der Familie nur wenig widmen könne. Das beeinträchtige ungünstig das Familienleben. Auch der Lärm der Großstadt wirke ungünstig auf die Psyche der in der Entwicklung begriffenen Jugendlichen. Auf der anderen Seite wird aber in den jugendlichen Großstädterinnen durch den Gegensatz von Reichtum und Armut ein starkes Empfinden für die soziale Struktur ausgelöst. Die Anzeigen an den Anfallsfällen zeigen, daß die jungen Großstädterinnen, daß neben dem Vaterhaus eine Welt der Vergnügungen und der Lebenslust existiert. Redner kam dann noch auf die Studentinnenfrage zu sprechen und warnte sich dagegen, daß man wachlos die jungen Mädchen zur Unwissenheit zulasse. Das werde man später bedauern. An das Referat schloß sich eine lebhaft Diskussion.

Heer und Flotte.

Personal-Veränderungen. Freiherr Marshall gen. Greiff, Abt. Ober im K. Kabinett St. Maj. des Kaisers und Königs. * v. Bartenwerffer, Abt. Ober im Gr. Gen. Stabe. * v. Hammerstein-Gesmoth, Abt. Ober des Gen. Stabes des 2. A. K. * Baercke, Maj. Leutnant an der Art. Abt. * Kietheim, beim Stabe des 5. Westf. Inf.-Regt. Nr. 53. * Landmann, Komd. von Köln. * Paris, beim Stabe des Inf.-Regt. Prinz Heinrich von Braußen (Brandenburg). Nr. 36 und Landt. zur Vertretung des Kom. des Inf.-Regt. Graf Schöner (A. Komm.) Nr. 14. * Korker, beim Stabe des Inf.-Regt. Prinz Karl (4. Großherzog. Hess.) Nr. 118, dieser unter Ernennung zum

matische Korps, die Minister und andere hervorragende Persönlichkeiten an Bord. Abends fand Dinner bei dem Fürstenpaar statt, zu dem der Herzog der Braggan, die Schiffskommandanten, die diplomatischen Vertreter und die Mitglieder des albanischen Kabinetts geladen waren.

Eine Eisenbahnvorlage für Serbien. Belgrad, 26. April. Eine Blättermeldung zufolge beschloß die Regierung, der Slupschina in den nächsten Tagen Gesuchentwürfe über den Bau neuer Eisenbahnen zu unterbreiten. Nach den Gesuchentwürfen werden die Baukosten auf 210 Millionen Dinar veranschlagt. Vorgesehen ist der Bau folgender Linien: Meskub-Ronastir, Prishtina-Prizren, Prilep-Trip und Mitrovica-ibatic sowie der Ausbau der Linie Belgrad-Pogorevatich-Bratovo. Der Belgrader Hauptbahnhof wird erweitert. Da für die Ausgestaltung der Bewaffnung der Armee gleichfalls 210 Millionen erforderlich sind, beträgt die neue Anleihe 420 Millionen Dinar.

Eine Ministerkrise in Montenegro. Cetinje, 27. April. Der Minister des Innern Gajitsch und der Kultusminister Muschawitsch haben ihre Entlassung gegeben. Der Vizepräsident der Slupschina, Tschewotitsch, der seinerzeit wegen der Bombenexplosion verurteilt worden war, wurde zum Kultusminister und der Abgeordnete Wuletitsch wurde zum Minister des Innern ernannt.

Türkei

Rückzahlung eines Vorschusses. Konstantinopel, 25. April. Der türkische Finanzminister teilte dem Vertreter der Deutschen Bank mit, daß er den von dem bekannten deutsch-österreichischen Konsortium für die Zollanleihe vom Jahre 1911 der türkischen Regierung 1911 gewährten und wiederholt erneuten Vorschuß von 8 Millionen türkischen Pfund im Laufe des Monats Mai zurückzahlen werde. Die Rückzahlung erfolgt aus dem Erlös der in Paris abgeschlossenen neuen ottomanischen Anleihe und steht im Zusammenhang mit den deutsch-französischen Abmachungen über die türkischen Eisenbahnfragen, insbesondere mit der in Aussicht genommenen Zurücknahme der französischen Beteiligung an dem Unternehmen der Bagdad-Eisenbahn durch die Gruppe der Deutschen Bank.

Vereinigte Staaten.

Der Bergwerksstreik in Colorado. London, 27. April. Western sind sieben Bergwerke im Bergwerksbezirk von Ludlow in Colorado geschlossen worden. Aus der Bergwerkstadt Aguilar sind 2000 Einwohner in Panitz geflohen. Die Hüte, die in Trinidad ankommen, sind mit Flüchtlingen überfüllt. Die Arbeiterorganisationen bewilligten weitere Beiträge für den Ankauf von Waffen für die Streikenden. — Denver, 27. April. Nach den bisherigen Feststellungen sind 26 Männer, Frauen und Kinder am Montag in dem Kampfe zwischen aufständigen Bergleuten und der Staatsmiliz bei Ludlow getötet worden. Man glaubt, daß die Zahl der Opfer möglicherweise 50 beträgt.

Japan.

Die Festigungsanlagen. London, 27. April. Die „Times“ meldet aus Tokio vom 20. d. M.: In dem Festigungsprozeß sind drei Direktoren der Mitsui Bussan Kaisha, die Agenten der Firma Dikaers in Japan angeklagt, den Vizeadmiral a. D. Mahumoto und Vizeadmiral Matsuo mit 40000 Pfund bestochen zu haben und zusammen mit Matsuo Fälschungen und Betrug verübt zu haben, um die Spur zu verdecken. Es handelt sich um den Bau des Schlachtschiffes „Kongo“, wobei die Kommission der Mitsui Bussan Kaisha einen Betrag von 115000 Pfund verübt haben soll. Die Anklage gegen Hermann, den Geschäftsführer der Siemens-Schudertwerke in Tokio, lautet auf direkte Bestechung in Höhe von 1100 Pfund, im Zusammenhang mit einem funktentelegraphischen Kontrakt, den die Firma erhalten hatte, und auf Vernichtung von notorisch gefälschten Dokumenten des deutschen Konsulats in Yokohama. Pooley, der frühere Vertreter des Reiterbureaus in Tokio, und Windell, der Vertreter von Reuter in Yokohama, sind angeklagt, für 75 Pfund Dokumente erworben zu haben. Die aus dem Bureau der Firma Siemens-Schudert von deren Angestellten nicht gestohlen waren und unter Drohung der Veröffentlichung ein Erpressungsgeß von 25000 Pfund von der Firma Siemens-Schudert gefordert zu haben.

China.

Eine neue Niederlage des „Weißen Wolfes“. Peking, 26. April. Der Gouverneur von Schensi meldet, daß die Banden des „Weißen Wolfes“ eine schwere Niederlage bei Pintschan im Bezirk Schensi erlitten haben.

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

48. Kommunallandtag des Regierungsbezirks Wiesbaden.

(Vierte Vollversammlung. Schluß.)

Der Berichtsteller zu dem Rechnungsvoranschlag fährt fort. Es wurde demgegenüber hervorgehoben, daß die Landesbank in erster Linie die Aufgabe habe, für das Kreditbedürfnis der Bevölkerung zu sorgen. Man dürfe deshalb die Ausgabe von Schulverschreibungen auch in dem diesjährigen erheblichen Umfang nicht bemängeln. Der dadurch bedingte Ausfall an Überschüssen finde seinen Ausgleich in der durch die Verdrückung des Kreditbedarfs gesteigerten Steuerkraft. Abgeliefert werden in diesem Jahr von der Kassatischen Landesbank 308 808 M. 18 Pf. und von der Kassatischen Sparkasse 142 411 M. 60 Pf. Während die ersteren zur freien Verfügung stehen, können die letzteren gemäß § 7 des Gesetzes betr. die Anlage von Sparkassenbeständen in Anleihenpapieren vom 23. Dezember 1912 nur zur öffentlichen, dem gemeinen Nutzen dienenden Zwecken des Garantieverbands verwendet werden. Im Etat findet sich eine Reihe von Ausgaben, wie z. B. diejenigen für die Errichtung der Landes-Heil- und Pflegeanstalt Gerborn, die allein einen Zuschuß aus Mitteln des Bezirksverbandes von 300 000 M. beanspruchen, die eine Verwendung der Überschüsse der Sparkasse rechtfertigen. Was die Einzelheiten anlangt, so weist die Vorrede dem noch nicht berücksichtigt worden sind, ist nachstehendes hervorzuheben. Bei dem Etat der allgemeinen Verwaltung ist im Kapitel 5 der Ausgabe (Landesdirektion) unter Titel 1 Gehalt und Wohnungsgeldzuschuß für einen neu angestellten Landesassessor ein Betrag von 5300 M. vorgesehen. Dagegen ist die Einstellung von weiteren Bureaugehilfen und Kanzleigehilfen mit einem Gehalt von je 1873 M. 50 Pf. notwendig geworden. Sodann sind weitere 5000 M. für einen Nachtragssatz der Beschreibung der Bau- und Kunstgegenstände im Regierungsbezirk Wiesbaden und 1000 M. Weishe für den Kosten der Herausgabe einer Deutschen Volksliederammlung als erste Jahresrate für sechs Jahre neu gefordert worden. Im Etat für die Fürsorgeerziehung Minderjähriger haben sich die nötigen Ausgaben um 89 300 M. erhöht. Die Zeit des Eintritts des Bejahrungsalters ist immer noch nicht abgesehen. Dies gilt ganz besonders für die Fürsorgeerziehung, wo zunächst mit einem ständigen jährlichen Zuwachs von 275 Böglingen gerechnet werden muß. Beim Etat der Verwaltungskosten der Kassatischen Landesbank beantragt der Finanzausschuß, den Gehalt des Landesbankdirektors um 2000 M. zu erhöhen, eine dritte Landesbankratsstelle zu schaffen unter gleichzeitiger Streichung der Stelle eines Landesbankassistenten und die Neueinstellung eines juristisch oder banktechnisch vorgebildeten Hilfsarbeiters der Direktion zu bewilligen. Diejenigen Etats, welche mit dem Wege- und Hochbau zusammenhängen und dem Bauauschuß überwiesen waren, sind von diesem einschließlich des Baus der Fürsorgeerziehungsanstalt in Lingen und eines neuen Landesbankgebäudes genehmigt worden. Der Finanzausschuß tritt dieser Genehmigung bei. Hervorzuheben ist hier noch, daß die sog. Rheinuferstraße von Rüdelsheim bis Oberlahnstein nunmehr bezüglich ihrer Finanzierung im wesentlichen gesichert ist. Die Fertigstellung wird voraussichtlich im Jahre 1916 erfolgt sein. Sodann werden nach einem Schreiben des Oberpräsidenten außer den im Vorjahr bereitgestellten 15 000 M. Anteil an den Bekämpfungskosten der Neuschädlinge noch weitere 3738 M. 50 Pf. nötig. Der Finanzausschuß beantragt, der Kommunallandtag wolle diesen Betrag wie die vorjährigen 15 000 M. bewilligen. Im übrigen gab der Etat zu besonderen Bemerkungen keinen Anlaß. Der Finanzausschuß stellt den Antrag, der Kommunallandtag wolle dem Voranschlag für 1914 mit den beantragten Änderungen seine Zustimmung erteilen. Die Abg. Dr. Daniels und Kammerherr von Seimbürg bringen die Beschwerde eines Mannes aus dem Kreis Wiedenlopp zum Vortrag, welchem verschiedene ihm schädigende Bäume, angeblich außerhalb der Ordnung, nicht entfernt worden sind. Abg. Graf (Frankfurt) möchte, wie die Stadt Wiesbaden, so auch anderen Gemeinden die Hilfe der Landesbank bei der Beschaffung zweier Hypotheken gewährt, die notleidenden Winger nach Kräften unterstützt und im weiteren durch Zuschüsse aus Bezirksmitteln Sorge getragen wissen, daß kleine Gemeinden, welche nicht im Besitz von Mitteln sind, um sich auch zusammen mit anderen an der Ausbringung der aus der Heranziehung von Ärzten entstehenden Kosten zu beteiligen, dazu befähigt werden. Bezüglich der Gewährung von Subventionen für die Neueinrichtung von landwirtschaftlichen Winterkursen an die Gemeinden Höcht und Limburg hat der Finanzausschuß, nach einer Mitteilung des Landesbankpräsidenten, sich nunmehr dahin schlüssig gemacht, der Vollversammlung die Bewilligung der verlangten 4000 M. zu empfehlen. Das Haus lehnt einen Antrag, die Angelegenheit noch einem anderen Ausschuss hinzuweisen, ab, genehmigt den Etat, und ebenso die Zahlung der 4000 M. — Nächste und Schlußsitzung Mittwochvormittag 9 Uhr.

— **Handwerkskammer Wiesbaden.** Aus der letzten Vorstandssitzung ist zu berichten: Der Minister hat die von der Kammer vorgeschlagenen Mitglieder und Stellvertreter im Prüfungsausschuß der Baugewerkschulen in Idstein und Frankfurt bestätigt. Eine Submissionsfrage des Militärbaumeisters in Mainz soll weiter verfolgt werden, weil der erhaltene Bescheid nicht befriedigt. Die Hauptstelle für Verbindungsweisen beim Deutschen Handwerks- und Gewerbeamt hat ihre Tätigkeit aufgenommen. Der auf Kosten der Kammer durchgeführte Prozeß wegen Verletzung des Gesetzes zur Sicherung der Bauvorschriften ist durch Reichsgerichtsurteil erledigt. Zwar ist der Anspruch der Bauhandwerker abgewiesen worden, indes sind sehr wertvolle Feststellungen getroffen und Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung für das ganze Bauhandwerk ergangen. Da die Durchführung dieses Prozesses für alle Handwerks- und Gewerbeämtern von Interesse ist, haben sie sich bereit erklärt, anteilsweise die Prozeßkosten zu übernehmen. Der Termin für die Frühjahrsgesellenprüfung ist auf die Zeit vom 1. bis 30. April verlegt. Für Maurer, Zimmerer und Läufer bleibt der Termin vom 1. bis 15. Mai bestehen. Das Soziale Museum zu Frankfurt hat einen Ausschuss zur Bekämpfung der Schwindelfirmen errichtet und die Kammer um Anschluß an die Arbeitsgemeinschaft und Ernennung eines Delegierten ersucht. Dem Antrag wurde entsprochen und der Vorsitzende Jung (Frankfurt) zum Delegierten gewählt. Ein Antrag zweier blinder Storkmacherlehrlinge um Erlass der Prüfungsgebühr wurde gutgeheißen. Grundsätzlich sollen Anträge auf Erlass oder Ermäßigung der Meisterprüfungsgebühr in der Folge abgelehnt und nur bei ganz besonders gearteten Fällen dem Vorstand vorgelegt werden. Das Handwerksamt zeigt an, daß inzwischen vier Hilfskräfte angestellt werden mußten. An Stelle von Jung (Frankfurt) wurde Carlstens (Wiesbaden) in den Vorstand gewählt. Ein Antrag auf Errichtung eines Gesellenprüfungsausschusses für Schreiner in Hochheim wurde abgelehnt. Drei Waderinnungen des Kreises Limburg haben ersucht, von jeder ein Mitglied zur Meisterprüfungskommission in Diez zu bestellen. Grundsätzlich ist der Vorstand bereit, dem Antrag stattzugeben. Zur Entscheidung der derzeitigen Mitglieder der Kommission von ihrem Amt liegt kein Anlaß vor, weil die Kommission zur vollen Zufriedenheit arbeitet.

— **Die „Wiesbadener Kasinogellschaft“** feiert bekanntlich im nächsten Jahre das 100jährige Stiftungsfest, und es wird dazu eine Gedenkschrift herausgegeben werden, die das Verzeichnis aller bisherigen Mitglieder, die Namen der Präsidenten und die Namen der Direktoren enthalten soll. Die Verzeichnisse der Mitglieder für die Jahre 1816 bis 1823, 1825 bis 1827, 1829 bis 1835, 1838, 1841, 1842 und 1844 bis 1847, 1850 und 1857, die Namen der Präsidenten für 1825 bis 1829, 1844 bis 1847, 1855, 1860 bis 1863 und die Namen der Direktoren für 1825 bis 1828, 1843 bis 1845, 1846 und 1847 fehlen jedoch und wären sehr erwünscht. Ferner mangelt die Programme von Festlichkeiten aus der Zeit 1815 bis 1891 und Aufzeichnungen über deren Verlauf, über Besuche hervorragender Persönlichkeiten und sonstige wichtige Begebenheiten usw. Die „Kasino-Gesellschaft“ ist natürlich jedem, der sich im Besitz der angegebenen Erinnerungen befindet, sehr dankbar, wenn er diese teilweise zur Verfügung stellen oder doch schriftlich oder mündlich darüber Auskunft geben wollte.

— **Wiederbezug.** Am 22. und 23. Mai veranstaltet die Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden im Verein mit dem „Wittelsheimischen Pferdezüchterein“, wie in den Vorjahren, eine Einfuhr von 2- bis 4-jährigen Kaltblutstuten und Kaltblutstutten aus der Rheinprovinz. Die Käufer

erhalten, wenn sie bestimmte Bedingungen eingeben, bei freigängiger Abgabe Zuschüsse von 20 bis 25 Prozent des Einkaufspreises von der Landwirtschaftskammer.

— **Kleine Notizen.** Heute Dienstag findet in der Lehnstraße 16, von 4 bis 6 Uhr, bei freiem Eintritt das bereits erwähnte Schaufachen mit Verteilung von Kostproben statt unter Berücksichtigung des Einmahns sowohl in Einmahnsparaten als auch im Gasthofen. — Auf der 8. Allgemeinen Ausstellung von Hund und aller Rassen auf der Siebelsstraße in Wiesbaden am 28. April erhielt Herr E. Bachofer hier für glattebraune Zwergpinscher und bichsrote Zwergpinscher einen 1. Preis, einen 2. Preis und 2 Ehrenpreise.

Vorberichte über Kunst, Vorträge und Verwandtes.

— **Wohltätigkeits-Beranstaltung.** Der „Synagogen-Gesangsverein“ wird nächsten Montag, abends 8½ Uhr, in der Synagoge am Rüdelsberg eine musikalische Aufführung unter Mitwirkung von Gabriele Englerich, dem Ritalie unserer Königlich Oper, veranstalten. Wie aus der im Informatenblatt unseres Blattes veröffentlichten Vortragsfolge ersichtlich, wird Frau Englerich außer dem Sopran solo in der zur Aufführung gelangenden Oper „Africas Siegesgesang“ von Herr. Piller noch das Arioso „Dank sei dir, Herr“ von Dänkel und „Kalliope“ von Hummel vortragen. Der Synagogen-Gesangsverein wird sodann noch das zu dessen 50. Jahrestag im vorigen Herbst zur Aufführung gelangte Musikst. „Von Tempel zu Tempel“, zu welchem u. a. Ludwig Portsch aus Frankfurt am Main ihre Mitwirkung ausgelagt hat, auf vielseitigen Wunsch wiederholen. Der Reinertrag wird hiesigen israelitischen Wohltätigkeitsvereinen zugewendet werden.

— **Wiesbadener Künstler auswärts.** Der Pianist H. S. Reibold, dessen hervorragende Begabung erst kürzlich in unserem Blatt kritisch gewürdigt wurde, hat soeben auch in Köln in der dortigen „Musikalischen Gesellschaft“ — durch den Vortrag von Liszt „Totentanz“ — und ebenso in Saderborn — durch den Vortrag von Beethovens Klavierkonzert G-Moll — den einstimmigen Beifall des Publikums und der Presse gefunden. Herr Reibold ist gegenwärtig als Lehrer des Klavierspiels am Kölner Konservatorium tätig. — Der Kapellmeister Max Brückner dirigierte am 22. April in Bad Homburg ein großes Sinfonieorchester mit großem Erfolg, der auch von der Presse als durchaus berechtigt anerkannt wurde.

Aus dem Vereinsleben.

Vereinshonzerte.

— **Der Wiesbadener Männergesangsverein** hatte seine Mitglieder am Sonntagabend zur Wiederbelebung eingeladen und viele hatte das reichhaltige Programm veranlaßt, trotz des herrschenden Frühlingswetters der Einladung zu folgen. Der Chor, den am diesem Abend Kapellmeister Hermann leitete, eröffnete die Reihe der vielen Vorträge mit „Frühlingszeit“ von Wilhelm und „Abschied“ von Knbl. Otto Radhaus, ein Schüler des Professors Brückner, stellte sich zum erstenmal einem größeren Publikum als vielversprechender Cellist vor und spielte ein Konzertstück für Violoncello von Debussy, dem er später noch das Andante aus dem D-Moll-Konzert von Holtenmann folgen ließ. Der junge Künstler entledigte sich seiner Aufgabe mit großem Geschick und konnte sich des dankbaren Beifalls des Publikums erfreuen. Mit gutgeleiteter und angenehm beruhigender Regesofonstimme sang Tilly Lirbach zwei Lieder von Schubert und im zweiten Teil des Programms die Arie der Marie aus Dornbros „Waffenstillstand“. Die junge Dame, die sich, wie wir hören, für die Oper ausbilden will, berechtigt auf den schönsten Hoffnungen; ihre Vorträge wurden von den Zuhörern mit reichstem Beifall belohnt. Ev. Diebel, das geschätzte Mitglied unserer Kapelle, stand mit drei Nummern auf dem Programm. Er übertrug zuerst als ein Gesangslied, der über eine ansehnliche, umfangreiche und wohlangeordnete Notensammlung verfügt und lang die Ballade aus „Mazette“, der er ein Lied von Obliger und später „Frühlingszeit“ von Bedler folgen ließ. Hiermit wie als Cornet-a-Piston-Virtuose ist er mit dem Vortrag einer Fantasiel aus Rühens „Stumme von Portici“ von H. R. Urban das Publikum zu stürmischen Applaus hin. Für humoristische Unterhaltung sorgte Karl Aufschlager, der besonders durch seine Vorträge in hiesiger Mundart die Zuhörer nicht aus dem Saal kommen ließ. Das umfangreiche Programm veredelte noch ein komisches Duett von Holländer: „Roberte Dienstboten“, das von den Damen Diebel Reik und Tilly Lirbach mit Gertrud Lirbach als Flügel in bester Weise vorgetragen wurde, und als Schlußnummer „Frischen und Lischen“. Operette in 1 Akt von Offenbach, in der die beiden ausführenden Damen Lena und Röschen eine wohlgeleitete Darstellung boten und allseitigen Erfolg erzielten. Aber die Wirkung des Hoffmanns Herrmann ist nur zu sagen, daß das Publikum ihm gerne noch viel länger zugehört hätte. Am Flügel spielte neben Kapellmeister Hermann ein junger Künstler, Robinson, der die Klavierbegleitung der Cellovorträge und der Operette übernommen hatte.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

Die Entstehung und Entwicklung des Schiersteiner Strandsbads. h. w. Schierstein, 27. April. Trotz unmittelbarer Lage unseres Ortes am Rheinstrom machte sich hier schon viele Jahre lang das Fehlen einer öffentlichen Badegelegenheit in freiem Wasser recht unangenehm bemerkbar. Schon oft hatte die Schaffung einer solchen die hiesigen Gemeindefürsorgepersonen beschäftigt, jedoch stets scheiterten etwaige Pläne an dem erforderlichen werden haben Kostenanstand. Das diesseitige Rheinstrom konnte wegen der Fäkalabwässer, die oberhalb Schiersteins in den Rhein geleitet werden, nicht in Betracht kommen, während die Aufstellung eines Badeschiffes am jetzigen Ufer eine recht hohe Badeschiffbedingung, somit die Rentabilität sehr in Frage gestellt hätte. Da war es denn der hiesige „Verschönerungsverein“, der im vergangenen Jahr an unsere Gemeindeverwaltung herantrat und diese bat, ihr Augenmerk doch erneut der Badefrage zu widmen. Man trat der Sache näher und wurde dabei aufmerksam auf ein Blättchen, das zur Ausführung eines Badeprojekts in Form eines Strandsbades wie geschaffen schien. Es war dies die Wälsche der Reiterbursau, gegenüber dem Schiersteiner Hafen. Die seitlichen Sandbänke, die sich dort in die Flut erstrecken, wurden zwar schon früher zu Badezwecken benutzt, jedoch war dies wegen zahlreicher Tiefen für Unkundige stets mit großen Gefahren verbunden. Um diesen zu begegnen, wurden seinerzeit die gefährlichen Stellen durch unsere Gemeindeverwaltung, die der Sache weitgehendes Interesse entgegenbrachte, gekennzeichnet und die ganze Wälsche in eine Abteilung für Schwimmer und eine solche für Nichtschwimmer abgeteilt. Mit der Königl. Wasserbauverwaltung wurde eine Einigung erzielt, so daß diese das Baden sowohl als auch das wegen des Anliegens erforderliche Verleiten der Reiterbursau erlaubte. Was bis jetzt seitens der hiesigen Gemeinde in der Sache unternommen worden war, war lediglich im Interesse der hiesigen Einwohnerwelt gewesen, d. h. man wollte den Ortseinwohnern Gelegenheit geben, gefahrlos ein erfrischendes Bad im offenen Wasser nehmen zu können. Zum Baden sollte sich eben jedermann selbst hinrudern oder fahren lassen. In der Tat waren es denn anfänglich fast nur Dilettanten, die das neu errichtete Strandsbad besuchten. War bald jedoch gestiegen sich zu diesen zahlreiche Fremde und bald bereits kurzer Zeit hatte das Strandsbad seinen lokalen Charakter völlig verloren. Aufmerksam gemacht durch die verschiedenartigen „Schiersteiner Strandsbader“, mit denen sich die Presse teils „für“, teils „wider“ beschäftigte, eilten die Badegäste von auswärts herbei; nicht nur von Wiesbaden, Wiesloch und Mainz, sondern auch aus dem Rheingau und gar von Frankfurt her kamen sie, unser Strandsbad zu schauen und mitzubehalten. Motorboote wurden zur Überfahrt eingesetzt und werden bei schönem Wetter reichlich drei und vier derselben nicht aus dem Verkehr völlig zu bewahren. Eine Wirtschaft, ein Café und dergleichen mehr wurden auf dem Badeschiff errichtet und von den Gästen oft und gern besucht. Bis zu dem im September erfolgten Schluß der Badesaison herrschte am Strandsbad sowohl

Als auch nach der Abends erfolgten Rückkehr in unserm Städtchen ein hirtliches und reges Leben und Treiben und unfernen Geschäftsleuten, besonders den Wirten, brachte dieser Verkehr manche schöne Einnahme. Diese Tatsache nun, daß das Strandbad auf Verkehr und Geschäftslonjunktur in hiesiger Gemeinde einen überaus günstigen Einfluß gehabt hat, ließ bei unserer Gemeindeverwaltung den Entschluß fassen, das Strandbad zu einer musterhaften Anlage auszubauen. Die nötigen Mittel wurden bewilligt und die Verträge mit der Königl. Wasserbauverwaltung und der Deutschen Reichsanstaltigen Wasserbauverwaltung als Pächterin der Strandbäder abgeschlossen. Die Überfahrtsfrage hat eine durchaus günstige Lösung erfahren. Die Arbeiten auf dem Badestrand selbst sind flüt im Gange. Gekünnen erfolgte die Grundsteinlegung für den Bau des 52 Meter lang werdenden Wirtschafts- und Umkleebauwerkes. Mögen nunmehr die begonnenen Arbeiten rasch zu Ende führen und möge die rastlose Arbeit aller derer, die sich um die Verwirklichung des Projekts verdient gemacht haben, schon in der bevorstehenden Badesaison reichlich Früchte zeitigen, zu ihrer eigenen Freude und zum Wohle unserer ganzen Gemeinde. — Der foeben erschienene Tagb., betr. die Überfahrt nach dem Strandbad, weist als Gebühr für Hin- und Rückfahrt zusammen den Betrag von 20 Pf. auf. Gegen das Vorjahr eine Verbilligung von 10 Pf.

y. Sonnenberg, 27. April. Die von der Forstverwaltung und dem „Verkehrsverein“ hergerichteten Fußgängerwege werden sehr oft durch Reiter beschädigt und sind außerdem auch für Fußgänger wegen der Gefahr nur schlecht passierbar. Es wird deshalb darauf hingewiesen, daß durch Reiter nur die Fahrwege und außerdem nur solche Wege benutzt werden dürfen, welche durch Schilder als Reitwege kenntlich gemacht sind. Die Benutzung der Fußwege durch Reiter wird deshalb in Zukunft bestraft werden müssen.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Westdeutsches Nassauisches Wasserversorgungsamt.

FC. Limburg a. d. L., 26. April. Etwa 250 Wasserversorger des Regierungsbezirks Wiesbaden und der angrenzenden Gebiete und sonstige Wasserversorger hatten sich heute in der „Alten Post“ vereinigt, um über die Gründung eines Interessentenverbands zu verhandeln und zu beraten. Die Leitung der Versammlung hatte Wäldermeister Wilhelm Stricker (Hirtensmühle bei Walsdorf) übernommen. Der technische Wasserbauverständige Hr. Schupp (Hachenburg) verbreitete sich über die Entstehung der Idee, einen solchen Verband zu gründen. Den Anstoß dazu bildete eine kleine Wasserversorgungsstelle auf dem Westerwald, die es geboten ersahen ließ, daß sich die Wasserversorger zusammenzuschließen. Die Tätigkeit, die seit der Geburt dieses Gedankens bereits ausgeübt worden ist, war eine immerhin umfangreiche. In einem großen Teil des Bezirks wurden Vorträge über den neuen Wasserversorgungsweg gehalten, auch eine Eingabe an das Abgeordnetenhaus bezüglich des Fischereigesetzes gerichtet. Rechtsanwalt Justizrat Erdmann (Wiesbaden) verbreitete sich über die Frage: „Wie schütze ich mein Recht?“ Er erläuterte das neue Wassergesetz, das 79 preussische auf das Wassergesetz bezügliche Gesetze und Verordnungen beseitigt. Das Bestreben, ein einheitliches Wassergesetz zu schaffen, sei zwar gelungen, bringe aber für Nassau nichts Gutes oder doch nicht wesentlich Gutes. Vorteile bringe es nur der Landwirtschaft und dem Handel. So würde beispielsweise für eventuelle Streitigkeiten das ordentliche Gericht ausgeschlossen und eine neue Behörde, die Wasserpolizeibehörde, geschaffen. Redner ging darauf zur Erläuterung der Rechte über, die der Wasserversorger hat, und wie er sie sich schützen kann, denn letzteres sei jetzt die Hauptaufgabe. Sie können, so führte der Referent aus, es nur erreichen, wenn sie ihre Rechte ins Wasserbuch, das beim Bezirksamt aufgeführt ist, eintragen lassen. Diese Rechte müssen nachgewiesen werden, und zwar in erster Linie auf Grund eines Titels, als da sind Erbsitz, Kauf und Ähnliches. Dieses titulierte Recht geht verloren, wenn es nicht innerhalb 10 Jahre eingetragen wird. Die Einträge im Grundbuch, die sich auf die Wasserversorger beziehen, werden ins Wasserbuch übernommen. Ist ein Titel nicht vorhanden, so ist es nötig, glaubhaft nachzuweisen, daß 10 Jahre lang vor dem 1. Januar 1912 von dem Antragsteller oder seinen Rechtsvorgängern ohne Widerspruch das Recht ausgeübt worden ist. Nichts ist also wichtiger zum Schutz seines Rechts als die Eintragung ins Wasserbuch. — Darauf wurde die Beratung der Statuten vorgenommen. Darnach trägt der Verband den Namen „Verband Westdeutsches Nassauisches Wasserversorgungsamt“ und bezweckt die Förderung und Beratung seiner Mitglieder in Bezug auf deren Wasserversorgung und den Schutz ihrer Rechte. Der Verbandsrat ist Hachenburg. Die Mitgliederbeiträge werden in der Weise erhoben, daß für jede Wasserkraft 30 Pf., nicht aber unter 3 M. (Wasserkraftbesitzer 10 M.) berechnet werden. Angeschlossene Vereinigungen, die mindestens 10 Wasserkraftbesitzer umfassen müssen, haben 70 Prozent dieser Sätze an den Verband zu entrichten. — Das Arbeitsprogramm ist, seinen Mitgliedern in allen Fragen zu dienen, die sich auf ihre Werke beziehen, sei es Stellungnahme zum neuen Wassergesetz, seien es bauliche oder wirtschaftliche Fragen, er berätet und vertritt seine Mitglieder zweckmäßig. Der Vorstand soll aus je zwei Mitgliedern eines jeden angeschlossenen Kreises gewählt werden. Da die Mitgliederzahl jedoch jetzt noch nicht zu übersehen ist, wurde heute zunächst ein vorläufiger Vorstand gewählt, der bis zum nächsten Jahre die Geschäfte führen soll. Er besteht aus den Wäldermeistern Kallert (Mühlen bei Limburg), Schäfer (Limburg), Borchert, Schupp (Hachenburg), Schriftführer; Bürgermeister Wälder (Waldsied) und Weinbauer (Altenkirchen).

!! Ruch i. Abg., 27. April. In der letzten Stadtverordnetenversammlung war die Wilschadenangelegenheit der Gegenstand einer lebhaften Aussprache zwischen dem Magistrat und den Stadtverordneten. Im Lauf der letzten 10 Jahre ist der Wilschaden Jahr um Jahr gestiegen; im Jahre 1904 betrug er noch 856 M., von da an vergrößerte er sich beständig, bis er im Jahre 1913 die Höhe von 6565 M. erreichte, das ist der achtfache Betrag innerhalb dieses kurzen Zeitraums. Die Jagdpacht beträgt zurzeit 3000 M. und kommt natürlich unter diesen Umständen als Einnahmequelle für die Stadtgemeinde kaum mehr in Frage. Dazu tritt an vielen Orten noch der Schaden, der durch das Weidwied angerichtet wird. Die Mittel, welche angewandt worden sind, um die Schäden durch das Wild wirksam einzudämmen (Anlegen von Säufängen, Gräben usw.) reichen nicht aus, und es wird den beteiligten Gemeinden auf die Dauer nichts anderes übrig bleiben, als ihre Felder durch ein Waldgatter gegen das Eindringen des Wildes zu schützen. Anderwärts sollen mit der Einfriedigung recht gute Erfolge erzielt worden sein. Jedenfalls steht

die Entwertung des ländlichen Grundbesitzes in hiesiger Gegend durch die andauernden Wilschäden fest und wird sich aller Voraussicht nach noch verschlimmern, wenn nicht bald Abhilfe geschaffen wird.

M. Frankfurt a. M., 26. April. Um den Nachlaß des Giftmörders Karl Hopf wird in einem vor dem Frankfurter Landgericht anhängig gewordenen Zivilprozeß gekämpft werden. Hopf hatte bekanntlich mit der Versicherungs-gesellschaft „Atlas“ in Ludwigshafen eine Lebensversicherung abgeschlossen, die auf verbundene Leben war. Nach dem im November erfolgten Tod seiner ersten Frau, an der Hopf des Mordes für schuldig befunden wurde, erhielt er von der Gesellschaft 20.000 M. auszahlt. In dem Zivilprozeß fordert die Gesellschaft nun von dem Nachlaßpfleger Hopfs die Summe zurück. Die Klageforderung beschränkt sich zunächst auf 1000 M. unter Vorbehalt der Geltendmachung weiterer Ansprüche. Wahrscheinlich wird der gesamte Nachlaß kaum 1000 M. wert sein.

n. Weier (Oberlahnkreis), 26. April. Auf dem Kunstschiff bei Schreinermeister Georg Höpp 4. flog gestern eine Briefstaube zu. Das Tier war ganz erschöpft und sehr hungrig, wahrscheinlich war es von einem Raubbogel verfolgt worden. Am Fuß trägt die Taube einen Aluminiumring mit folgenden Zeichen und Ziffern: AVN, darunter ERS/1712/12 D G. (vielleicht Deutsche Gesellschaft?).

S. Erbach (Westerwald), 26. April. Die Flucht ergriffen drei Jüdlinge des Arbeitshauses in Braunweiler, die in den Steinbrüchen am „Stöckel“ bei Enspel beschäftigt werden. Einer der Flüchtlinge konnte in Altenkirchen wieder festgenommen und in die Anstalt Braunweiler zurückgebracht werden.

Nachbarstaaten u. -Provinzen.

rmk. Darmstadt, 26. April. Eine aus Moskau stammende, etwa 35 Jahre alte Frau, die schon längere Zeit nerbenleidend war und sich zur Erholung hier aufhielt, hat sich am Samstagnachmittag auf der Straße Darmstadt-Rienheim von einem Personenzug überfahren lassen und war sofort tot. Schon etwa 100 Meter vor dem Zug trat sie auf das Geleise, wurde aber von dem Maschinistführer gewarnt und ging darauf auch zurück. Sie sprang aber bald wieder vor den Zug und wurde dann germalmt.

m. Stromberg, 26. April. In dem hiesigen St. Josephskrankenhaus ereignete sich ein folgenschwerer Unfall. Angeblich infolge eines Blutsturzes stürzte der 16jährige gemütskranke Link aus einem Fenster des zweiten Stocks. Lind, der schon längere Zeit im Krankenhaus weilte, war sofort tot.

m. Simmern (Hunsrück), 26. April. Tot in einem Brunnen aufgefunden wurde die 63jährige Frau Julianne Römer. Aller Wahrscheinlichkeit nach erlitt sie beim Futterholen einen Schwindelanfall, wobei sie in die Tiefe stürzte und ertrank.

— Weimar, 26. April. In einer hiesigen Dungsgrube wurde eine zerstückelte Kindesleiche gefunden. Damit soll im Zusammenhang stehen die Verhaftung einer Schuhmannsfamilie von hier.

S. Bissen, 26. April. In der italienischen Kolonie der Grube „Friedrich“ bei Riechelsdorf kam es zu einer Schlägerei, wobei das Messer wieder einmal eine Rolle spielte. Ein Italiener erhielt einen Stich in den Oberarm, ein zweiter zwei Stiche in den Kopf. Der Schwerverletzte wurde in das Krankenhaus gebracht, während die Polizei einen anderen in Gefängnis abführte.

S. Weidenau (Siegl), 26. April. Auf der Grube „Neue Haardt“ verunglückten kurz hintereinander drei Bergleute tödlich, zunächst zwei Italiener als Opfer eines zu früh losgelassenen Schusses und dann der Bergmann Fischbach von Hof bei Marienberg, der einen sitzengeliebten Schuß nachsehen wollte. Fischbach, der bis zur Unkenntlichkeit verformt war, wurde in Hof mit bergmännischen Ehren beigesetzt.

S. Reunkirchen (Siegl), 26. April. Von einer plötzlichen Kohlenstaurelase wurden bei einem hier ausgebrochenen Brand ein Feuerwehrmann und ein Lehrling schwer verletzt.

Sport und Luftfahrt.

Pferderennen.

* Hamburg, 27. April. Herrentreiten. 5000 M. 1. S. Neumanns Blad Swan (Purgold), 2. Pophon, 3. Maroffa. 30:10; 16; 36; 78:10. — Montags-Gandikap. 12500 M. 1. A. Daniels Orinoco (Archibald), 2. Monolog, 3. Landsknecht. — Dodekaph-Rennen. 15000 M. 1. G. Frühlichts Leonada (Schattwell), 2. Oranada, 3. Kupferagel. 113:10; 30; 15:10. — Volksdorfer Gandikap. 6000 M. 1. Graf Seidlich-Jandeghis Curjur (J. Lane), 2. Parvati, 3. Marotte. 39:10; 17; 10; 26:10. — George Baudmann-Jagdrennen. 4000 M. 1. J. Oides Strohhalm (Braune), 2. Hübster, 3. Lillo. 21:10; 13; 17:10. — Frühjahrs-Gandikap-Jagdrennen. 7000 M. 1. G. Kochs Holy Head (Verchem), 2. Gerolstein, 3. Westfal. 44:10; 14; 15:10.

* Saint-Cloud, 27. April. Prix de la Paquerelle. 3000 Franken. 1. G. Broquefacs Montagne (Warner), 2. La M. Cazeme, 3. Aloha. 18:10; 13; 26; 24:10. — Prix de la Bataille. 5000 Franken. 1. S. Lomes Highly (J. Childs), 2. Primavera, 3. Felicitas. 11:10; 10; 14. — Prix le Roi-Soleil. 15000 Franken. 1. J. Neugs Rivista (Sharpe), 2. Gut, 3. Ghiberti. 67:10; 18; 14:10. — Prix des Glaciers. 3000 Franken. 1. Guy de Mareis Pourquoi Pas (Seas jun.), 2. Sole Sees, 3. Gufel. 71:10; 30; 17:10. — Prix des Buttes. 5000 Franken. 1. S. Defos Mon Rode 2 (J. Keiff), 2. Fidesia, 3. Cassin. 39:10; 17; 27; 22:10. — Prix des Peupliers. 5000 Franken. 1. J. E. Wiedeners Mont D'Or (Lofus), 2. Silvano, 3. Le Pharis. 19:10; 13; 19:10.

Gerichtssaal.

FC. Schwere Diebstähle. Zweimal im Februar und März d. J. waren der Schlosser Georg Jacobs und der Arbeiter Joseph Morisch hause, beide aus Koblenz, in die Mei- und Silberhütte zu Braubach a. Rh. eingebrochen, aus der sie schwere Kupfer- und Messingstücke im Wert von 200 M. wegnahmen. Jacobs muß dafür 2 Jahre, Morisch 1½ Jahre sitzen. Auf je 5 Jahre Ehrverlust erkannte die Wiesbadener Strafkammer obendrein.

sh. Der Unfall der Reichstagsabgeordneten. Berlin, 26. April. Der Automobilunfall, dem am Morgen des

5. Februar d. J. die beiden Zentrumsabgeordneten Hebel und Pütz zum Opfer fielen, war Gegenstand einer gerichtlichen Verhandlung vor dem Schöffengericht Berlin-Tempelhof, das gegen den Automobilführer Volz un wegen fahrlässiger Körperverletzung verhandelte. Der Angeklagte wurde zu einer Geldstrafe von 100 M. verurteilt.

* Der Klapperstorch vor dem Schwurgericht. St. Ingbert, 26. April. Die „Sonntagskinder“ der Vergleute der Grube St. Ingbert bringen ein recht böses Nachspiel. Die Grube gewährt jedem Bergmann am Tage, wenn ihm ein Kind geboren wird, einen freien Tag, für den der volle Schichtlohn vergütet wird. Die Folge davon war, daß die Vergleute überhaupt keine Sonntagskinder mehr haben wollten, und wenn der Klapperstorch dennoch Sonntags einkehrte, so wurde die Gebamme angehalten, als Tag der Geburt den folgenden Werktag anzugeben, damit dem Vater der freie Tag nicht verloren gehe. Als die Grube davon Kenntnis erhielt, wurde die „Klapperstorch-Verlegung“ aufgehoben, und die Sache war erledigt. Aber auch der Staatsanwalt erfuhr davon. Das Schöffengericht belegte die Leute mit einer geringen Geldstrafe. Gegen das Urteil hat nun ein Bergmann Berufung angemeldet. Die Strafkammer erklärte sich aber für unzuständig und verwies die Sache vor das Schwurgericht. Demnach werden nun etwa 100 Vergleute vor dem Schwurgericht in Zweibrücken sich zu verantworten haben. Auch die Gebamme wird wegen falscher Angaben vor Gericht gestellt werden.

Neues aus aller Welt.

Ein Familiendrama. Grebesmühlen (Mecklenburg), 27. April. Hier hat sich gestern ein erschütterndes Familiendrama abgespielt. Die Wäldermeisterwitwe Stubber lebte mit ihrem Sohn, der ebenfalls Wäldermeister war, zusammen. Der Sohn war dem Trunk ergeben und häufig hatte die Mutter Mißhandlungen von ihm zu ertragen. Diesen Mißhandlungen wollte sich die alte Frau entziehen und sie beschloß, ihrem Leben ein Ende zu machen. Rasanten fanden gestern abend die Leiche der Frau in einem kleinen Wasserloch an der Promenade in der Nähe der Stadtkirche. Als der Sohn von dem Geschehenen erfuhr, ging er nach dem Tannenbergs und erhängte sich.

Tödlicher Unfall durch einen elektrischen Kochapparat. Berlin, 27. April. Heute früh kam es in einem Warenhaus auf dem Moritzplatz eine Angeestellte einem dort aufgestellten elektrischen Kochapparat zu nahe und wurde von einem elektrischen Schlag getroffen. Das Mädchen war sofort tot.

Ein Segelboot kenterte. Friedrichshagen, 27. April. Auf dem Müggelsee kenterte gestern bei stürmischem Wetter ein Boot, in dem sich drei Damen und ein Herr befanden. Eine der Damen ertrank, die übrigen konnten gerettet werden.

Großfeuer in einer Filzfabrik. Adlershof bei Berlin, 27. April. Heute vormittag kurz nach 9 Uhr brach in der Filzfabrik der Filzfabrik Adlershof, A.-G., ein Feuer aus, das sich bald über das ganze Gebäude ausbreitete. Der angerückte Schaden soll ziemlich bedeutend sein. Das Feuer entstand wahrscheinlich dadurch, daß sich eine der Maschinen heiß gelaufen hat und daß ein Funke auf die leicht brennbaren Materialien überstrang. Die in der Fabrik beschäftigten etwa 100 Arbeiter konnten sich retten. Die Löscharbeiten wurden durch starke Rauchentwicklung sehr erschwert.

Abgeordnetenhaus.

Eigener Drahtbericht des „Wiesbadener Tagblatts“.

§ Berlin, 27. April.

Am Ministertisch: Kultusminister v. Trott zu Solz. Präsident Graf zu Schwerin-Löwis eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Minuten.

Auf der Tagesordnung steht die zweite Beratung zum

Kultusetat.

Zunächst wird der Antrag Schiffer (natl.), betreffend die religiöse Erziehung der Kinder aus Misch-ehen, der Unterrichtscommission zur schriftlichen Bericht-erstattung überwiesen.

Die Beratung beginnt mit einer allgemeinen Besprechung beim Titel „Ministerrat“.

Berichterstatte Abg. Dr. Hedenroth (kons.) referiert über die Verhandlungen in der Kommission.

Abg. Dittich (Zentr.): Wir treten nach wie vor für die Freiheit der Kirche ein, für freie Religionsübung, freien Religionsunterricht und Gottesdienst, die die Freiheit unserer Kirche in mancher Hinsicht beschränkt. Wir denken da insbesondere an die Bundesratsverordnung über den Jesuiten-orden. In allen maßgebenden Kreisen, auch innerhalb der Staatsbehörden, wird die Unfallsbarkeit dieses Zustandes anerkannt. Deshalb sind wir der Ansicht,

nicht nur dieser Beschluß des Bundesrats, sondern das ganze Jesuitengesetz muß fallen.

(Sehr wahr! im Zentrum.) Deshalb bitten wir um Annahme unseres Antrages (Antrag Borch) auf Vorlegung eines Gesetzentwurfs, durch welchen die Beschränkung und Einschränkung, welche die Krankenpflege und die Ausübung wertvoller Nächstenliebe seitens der Mitglieder katholischer Orden unterworfen sind, aufgehoben werden. In einem weiteren Antrag Borch ersuchen wir die Staatsregierung, Maßregeln zu ergreifen, wodurch auch den nicht mit Korporationsrechten versehenen katholischen Ordensniederlassungen die Erlangung der Rechtsfähigkeit ermöglicht wird. Die Kirchenaustrittsbe-wegung hat auch in katholischen Kreisen einen erschreckenden Umfang angenommen. Wir müssen daher Kräfte schaffen, welche dem Verein „Konfessionslos“ entgegenwirken können. (Weißal im Zentrum.)

Kultusminister v. Trott zu Solz: Der Vorredner hat eine herbe Kritik an dem bestehenden Rechtszustand bezüglich der katholischen Orden geübt. Anträge, wie die vorliegenden über die Krankenpflegenden Orden, sind bereits früher von der Regierung abgelehnt worden. Deshalb bin ich einermäßen über die Anträge über-rascht. Denn ich sehe nicht ein, wie die Verhältnisse, welche früher für die Regierung maßgebend waren, sich jetzt geändert haben sollen. (Lachen im Zentrum.) Mein Amtsvorgänger hat damals darauf hingewiesen, daß die Regierung den Wünschen der katholischen Orden, namentlich denen, die sich der Krankenpflege widmen, in vollem Maße entgegengekommen sei. In diesem Sinne wird auch in der Zukunft verfahren werden. Im Jahre 1913 bestanden bei uns 2508 Niederlassungen mit 36.000 Mit-gliedern. Sie verlangen in dem Antrag, daß die Kranken-pflegeorden ebenso gestellt werden wie die anderen Ver-einigungen, die sich der Krankenpflege widmen.

Die katholischen Orden lassen sich aber nicht ohne weiteres mit anderen Orden vergleichen.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen; Widerspruch im Zentrum.) Die evangelische Kirche selbst steht in einem

anderen Verhältnis zum preussischen Staat wie die katholische. Unter den Rechten, die der preussische Staat der katholischen Kirche gegenüber fordern muß, befindet sich in erster Linie das Hoheitsrecht gegenüber dem Orden. Ich bin der Meinung, daß in der Praxis den Orden, die nur der Krankenpflege dienen, entgegengesetzt werden muß. An der grundsätzlichen Haltung des Staates zur katholischen Kirche darf aber nicht gerüttelt werden. Die Anträge auf Zulassung von Ordensniederlassungen werden wohl vollständig geprüft. Bezüglich des Antrags, betreffend Erhaltung der Rechtsfähigkeit der katholischen Ordensniederlassungen, wurde in eine Erörterung eingetreten, die aber noch nicht abgeschlossen ist. (Beifall.)

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Über die Frage der Verlegung des Osterfestes wären wir schon längst zu einer Einigung gekommen, wenn wir nicht auch mit Rom zu verhandeln hätten. Die Forderung nach einer freien Kirche im preussischen Staat will nur, daß die katholische Kirche im preussischen Staat sich so bewegen kann, wie sie will. Sie will die Auflösung des Staatsaufsichtsrechts. Wir sind einig in der Wertschätzung der charitativen Tätigkeit der Orden, wir sind aber auch einig über die Stellung des Staates zur Kirche.

Der Antrag Borsch, betreffend die Krankenpflegeorden, bedeutet nichts weniger als ein Mittel an dem Frieden, der in den nächsten Jahren geschlossen wurde.

Es liegt im Interesse des konfessionellen Friedens, daß diese Frage nicht immer wieder aufgerollt wird. (Sie zum Zentrum) wollen das Schulaufsichtsrecht der Kirche. Damit gehen Sie dem preussischen Staat an eine Grundlage seiner Existenzbedingungen. (Widerspruch im Zentrum.) Der Antrag enthält eine absolut unparitätische Forderung, die Ungleiches gleichsetzen will. Die strittigen Punkte zwischen Staat und der katholischen Kirche sind in viel höherem Maße gegeben als bei der protestantischen Kirche. Deshalb ist der Konfliktstoff auf jener Seite reichlich vorhanden. Dieser historisch gewordene Zustand ist nicht aus der Welt zu schaffen durch den beständigen Auf nach Parität. Nicht Gleichheit ist zu erstreben, sondern es ist die Forderung zu erheben, daß jeder Kirche das Ihrige gegeben wird. Was den zweiten Antrag Borsch betrifft, so sollte der Staat keinen Orden zulassen, dem er die Rechtsfähigkeit gewähren kann. Wir hoffen, daß aus den Verhandlungen der Kommission etwas Ersprießliches herauskommt. Die Jesuiten werden vom Zentrum als die festeste Stütze von Thron und Altar hingestellt. Es ist aber ein etwas seltsames Eintreten für die Staatsautorität, wenn die Jesuitenpresse in ihrer Agitation ein Reichsgesetz und eine Verordnung des Bundesrats belächelt.

In der Agitation der katholischen Presse für die Aufhebung des Jesuitengesetzes wird die staatliche Autorität nicht nur nicht gestützt, sondern geradezu verhöhnt.

Wir hoffen, daß die Regierung im Bundesrat dahin wirkt, daß der § 1 des Jesuitengesetzes nicht aufgehoben wird. Bei diesen Bestrebungen wird die Regierung die große Majorität des Hauses hinter sich haben. In der Angelegenheit der Fälschung des Kaiserbriefes ist geradezu ein frevelhaftes Spiel mit der Person des Kaisers getrieben worden. Die Unterstellung, daß der Kaiser die Katholiken hasse und sie ausrotten wolle, ist unerhört, und die lokale katholische Presse hätte nicht dazu schweigen dürfen. So hat sie sich dazu mitgeschuldig gemacht. (Bravo! bei den Nationalliberalen; Rufen im Str.)

Abg. Wierd (freikons.): Die Kirchenaustrittsbewegung greift in immer weiterem Maße um sich. Wir haben aber das Vertrauen, daß der gläubige Teil unseres Volkes sich nicht durch die Flachheiten dieser Bewegung von seinem Glauben abbringen lassen wird. Einen großen Teil der Schuld hieran trägt die Gleichgültigkeit namentlich der gebildeten Kreise. Wir müssen eine Vertiefung des Religionsunterrichts anstreben. Der Aufhebung der Beschränkungen in der Krankenpflege der katholischen Orden stellen wir wohlwollend gegenüber. Eine Schranke muß aber bestehen bleiben, das ist die Staatshoheit. Bezüglich des Antrags, den Ordensniederlassungen die Rechtsfähigkeit zu verleihen, möchte ich der Regierung nahelegen, in Zukunft schon bei der Erteilung der Erlaubnis zur Niederlassung die Frage zu prüfen, ob auch die Rechtsfähigkeit erteilt werden kann. Im übrigen beantrage ich, die beiden Anträge einer Kommission von 21 Mitgliedern zu überweisen. (Bravo! bei den Freikonservativen.)

Abg. Eichhoff (Dpt.): Wir würden in der Aufhebung des Jesuitengesetzes eine Gefährdung des konfessionellen Friedens nicht erblicken. Ich hoffe, daß das Zentrum sich in diesem Hause klipp und klar aussprechen wird, daß es die Veröffentlichung des Kaiserbriefes ebenso verurteilt wie die übrigen Parteien. Wir wünschen dringend, daß durch die Unternehmung der Freikonservativen festgestellt werde.

Bei dem Religionsunterricht dürfen die Fortschritte der Wissenschaft den Schülern nicht vorenthalten werden.

Die Festlegung des Osterfestes ist ein dringendes Bedürfnis der ganzen Kulturwelt. Der internationale Kongress der Handelskammern, der im Juni in Paris zusammentritt, wird darüber verhandeln. Mit Gemutigung begrüßen wir die ins Leben gerufene Zentralkommission für Erziehung und Unterricht. Wünschenswert ist eine Reform des gesamten Unterrichtswesens, insbesondere muß ein organischer Zusammenhang zwischen Hochschule und den höheren Schulen sowie zwischen den höheren Schulen und den Volksschulen hergestellt werden. Zum erstenmal in Deutschland ist durch die Initiative einer großen Kommune, durch Frankfurt a. M., die dabei von hochherzigen Bürgern unterstützt wurde, eine moderne Hochschule errichtet worden, die allen Anforderungen der Wissenschaft gerecht zu werden verspricht. Wir sind dem Minister dankbar, daß er die vorhandenen Hindernisse aus dem Wege geräumt hat. Man hat diese Universität belächelt, weil sie den Nachbaruniversitäten Abbruch tun könnte. Das ist kein stichhaltiger Grund, denn trotz des Wachstums der deutschen Bevölkerung ist die Zahl der Universitäten die gleiche geblieben, deshalb auch die meisten Häuser überfüllt sind. Wir beharren auf unserer Forderung der Schaffung eines Unterrichtsministeriums, an dessen Spitze ein Mann stehen sollte, der aus eigener Anschauung und Erfahrung handelt. Ferner fordern wir, daß die Kreisinspektoren aus den Kreisen der Volksschullehrer genommen werden. (Beifall links.)

Abg. Schend zu Schweinsberg (kons.): Dem Verlangen nach Vermehrung der Universitäten können wir nicht folgen, da wir dadurch eine Vermehrung des wissenschaftlichen Proletariats befürchten. Wir haben zu der Unterrichtsverwaltung das Vertrauen, daß sie für eine ruhige und sachliche Entwicklung des Unterrichtswesens eintritt. Den Kultusminister

bitten wir, die Schwestertracht mehr als bisher vor unbefugtem Gebrauch zu schützen.

Abg. Ethgen (kons.): An die Spitze der interkonfessionellen Erziehungsanstalten sollten auch katholische Schwestern und Geistliche gestellt werden. Wir bedauern, daß der Erzbischof von Posen-Sachsen immer noch nicht befehligt ist. Ein Beweis preussischer Mäßigkeit ist auch, daß noch immer der Gebrauch der polnischen Sprache verboten ist. Die Ausschreitungen in der katholischen Kirche zu Mosbit wären nicht vorgekommen, wenn nicht die Regierung sich in die Vorbereitung zur Kommunion in der polnischen Mutter Sprache eingemischt hätte.

Minister v. Trott zu Solz: Der Vorredner hat in der üblichen Weise eine Reihe von Einzelheiten in tendenziös entstellter Weise vorgebracht. Gegen die Darstellung der skandalösen Vorgänge in Mosbit muß ich energischen Protest einlegen.

Die Polen haben sich nicht gekümmert, ihre polnische Agitation in die geistlichen Räume einer Kirche hineinzutragen.

Die Geistlichen haben sich veranlaßt, die Polizei zu Hilfe zu holen. Und das nennen Sie (zu den Polen) dann ein Eingreifen der Regierung. Es ist mir nicht eingefallen, mich in die inneren Einrichtungen der katholischen Kirche einzumischen, wie sie ihren Religionsunterricht erteilen soll. Wenn Sie (zu den Polen) Ihrer Sache dienen wollen, dann rate ich Ihnen, das in anderer Weise zu tun. (Beifall.)

Abg. Ströbel (Soz.): Was die Kirchenaustrittsbewegung betrifft, so stimme ich dem Abgeordneten Bierd durchaus zu, daß dabei die Gleichgültigkeit der bestehenden Klassen in religiösen Dingen eine große Rolle spielt. Die Befürworter sind in religiösen Fragen sehr indifferent. Sie verlangen aber, daß das Volk religiös sei, damit sie es um so sicherer beherrschen können. Man entrüstet sich über die Veröffentlichung des Kaiserbriefes. Warum veröffentlicht man nicht den wirklichen Wortlaut, anstatt allerlei Andeutungen zu machen und Beschuldigungen zu erheben? Wenn das Zentrum für die Aufhebung des Jesuitengesetzes so energisch eintritt, so sollte es überhaupt gegen jedes Ausnahmegesetz sein. Wir sind durchaus für die Freiheit der Kirche und billigen es auch, wenn der Religionsunterricht privatim erteilt wird. Wir wenden uns aber ganz entschieden gegen einen zwangswise Religionsunterricht und fordern die Trennung von Kirche und Staat. Wir verlangen eine vollständige Umgestaltung der ganzen Schulverhältnisse, vor allem Schaffung der Einheitschule.

Die Weiterberatung wird sodann auf Dienstag 11 Uhr vertagt. — Schluß 1/2 6 Uhr.

Der Konflikt zwischen der Union und Mexiko.

Fälschung amerikanischer Untertanen.

New York, 27. April. (Eig. Drahtbericht) Drahtlose Depeschen aus Veracruz brachten die Nachricht nach New Orleans, daß der mexikanische Bundesgeneral sieben gefangene Amerikaner der Verschwörung schuldig befunden und ihre Hinrichtung verfügt habe. Eine Bestätigung dieser Nachricht steht noch aus.

Das Vorrücken der Rebellen.

wb. Eagle Pass (Texas), 27. April. Die Aufständischen rücken auf Pietras Negras vor, um die Stadt zu besetzen. Sie befinden sich etwa 2 Meilen von der Stadt entfernt. Tausende von Einwohnern sind auf die amerikanische Seite geflüchtet.

Die Drahtverbindung Veracruz-Mexiko wiederhergestellt.

R. Veracruz, 26. April. Nach einer Unterbrechung von 60 Stunden ist die drahtliche Verbindung mit Mexiko wiederhergestellt worden.

Villa und Carranza.

R. New York, 26. April. Der „New York Herald“ meldet aus Chihuahua: Wenn gleich es zu keinem offenen Bruch zwischen dem General Villa und dem General Carranza gekommen ist, so kann doch nach Nachrichten aus bester Quelle erwartet werden, daß General Carranza gefangen gehalten wird. General Villa traf vor seiner Abreise nach Juarez die Anordnung, daß Carranza unter keinen Umständen die Stadt verlassen dürfe.

Die Flucht der Fremden.

wb. Veracruz, 27. April. Der britische Gesandte Carden teilte dem hiesigen britischen Konsul mit, daß Huerta eingewilligt habe, einen weiteren Zug mit Flüchtlingen abzusenden. Morgen wird die Ankunft von 250 Fremden aus der Hauptstadt erwartet.

Die Deutschen helfen weiter.

* New York, 27. April. (Drahtbericht) Admiral Howard berichtet von der Küste Mexikos, daß der deutsche Konsul in Mazatlan seine freundschaftlichen Dienste angeboten habe, um den Dampfer „City of Sidney“ zur Aufnahme aller Ausländer von Mexiko zu chartern. Howard meldet, daß vor dem amerikanischen Konsulat Demonstrationen stattgefunden hätten. Der mexikanische Gouverneur habe aber jede mögliche Genugtuung geleistet und eine Spezialwache vor das Konsulat gestellt. Spät nachts ist Howard angewiesen worden, alles zum Schutz der Amerikaner und Ausländer an der pazifischen Küste Mexikos auszubieten. Betrachten Sie diese Instruktion als erste Pflicht Ihrer Flotte für jetzt, so lautet der Schlußsatz des Telegramms.

Die Aufnahme des Vermittlungsvorschlages in Washington.

wb. Washington, 27. April. In amtlichen Kreisen ist man über die Aussichten erfreut, daß Huerta dem Vermittlungsvorschlag Gehör schenken werde; aber trotz aller Friedenshoffnungen dürften die Kriegsvorbereitungen der Armee und Flotte nicht nachlassen.

Europa unterstützt den Vermittlungsvorschlag Südamerikas.

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtbericht) Wie die „Post“ hört, wird die Aktion der südamerikanischen Staaten zur Herbeiführung einer Verständigung zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten auch von den Vertretern der europäischen Mächte in der Hauptstadt Mexiko kräftig unterstützt. Eine Nachricht über den Erfolg dieser Bemühungen liegt bis zur Stunde noch nicht vor, jedoch gibt man sich der Hoffnung hin, daß eine Verständigung erzielt wird.

Die Friedensfreundlichkeit der Rebellen.

wb. El Paso, 27. April. Carranzas Vertreter, der Agent Besquerra, erklärte bezüglich der Vermittlungsvorschläge, daß jeder auf den Frieden abzielende Vorschlag für die Rebellen annehmbar sei. Carranza befehl, die Anstrengungen zur Eroberung Tampikos zu verdoppeln.

Das Eintreten der südamerikanischen Republiken für Mexiko.

wb. Buenos Aires, 27. April. Der Schriftsteller Manuel Ugarte hat eine Kundgebung zugunsten Mexikos organisiert. Die Presse gollt der Annahme der Vermittlung Argentiniens, Brasiliens und Chiles durch Wilson Beifall und ist von dem Erfolg derselben überzeugt.

wb. Rio de Janeiro, 27. April. Das Blatt „Pais“ erklärt in einem inspirierten Artikel, die Länder Südamerikas könnten sich bei einem Ereignis von so großer Tragweite und Gefahr für die guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten nicht völlig passiv verhalten. Es spricht den Vereinigten Staaten seine Anerkennung über die Klugheit aus, mit welcher sie ein energisches Vorgehen zu vermeiden suchten. Die Erklärung der Vereinigten Staaten, daß sie keinen Eroberungskrieg führen wollen, werde dazu beitragen, die Parteien in Mexiko zu versöhnen. Der amerikanische Erbteil dürfte ihnen seine Dankbarkeit und Anerkennung für das zivilisatorische Vorgehen nicht verweigern.

Letzte Drahtberichte.

Zum bevorstehenden Kaiserbesuch in den Reichsländern.

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtbericht) Statthalter v. Dallwitz reist am Mittwoch nach Stralsburg und wird die Amtsgeschäfte am 1. Mai übernehmen. Eine Zusammenkunft des Statthalters mit dem Kaiser in Colmar ist für die ersten Maitage in Aussicht genommen. Der Kaiser reist von Karlsruhe nach Colmar und von dort nach Diedenhofen und Metz. In Diedenhofen beabsichtigt der Kaiser, den Fortschritt der Befestigungsarbeiten in Augenschein zu nehmen; während der ganzen Reise dürfte Statthalter v. Dallwitz den Kaiser begleiten.

Die Statsergänzungen.

wb. Berlin, 27. April. Dem „Lokalanzeiger“ zufolge handelt es sich bei den vom Bundesrat beschlossenen Statsergänzungen u. a. um anderweitige Verfügung über das in dem Besitz des Reichsschatzamts übergegangene Grundstück Viktoriastraße 34. Das Grundstück wird an die Heeresverwaltung abgetreten und zur Unterbringung des Militärkabinetts hergerichtet. Ferner wird eine konsularische Vertretung des Reiches in Albanien geschaffen. In Ueslib wird ein zweiter Konsul für Serbien eingesetzt. Außerdem sind neue Stellen für Militärattachés in Belgrad, Sofia und Athen in Aussicht genommen.

„Unannehmbar“ Gesetzentwürfe.

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtbericht) Die Zahl der Gesetzentwürfe, deren Fassung infolge der letzten Beschlüsse der Reichstagskommission von den Vertretern der Reichsregierung als unannehmbar bezeichnet wurde, ist wohl kaum in einer Session so hoch gewesen wie in der diesjährigen. Nicht weniger als 5 Gesetzentwürfe (Beamtenbeförderungsnovelle, Kolonialgerichtshof, Militärstrafgesetzbuchnovelle, Konkurrenzklause und Beamtengehaltsnovelle) befinden sich in einem Stadium, das ein Scheitern der Vorlage zur Folge haben muß, wenn nicht in letzter Stunde noch ein Ausgleich erfolgt.

Ein Universitätsstudium der Volksschullehrer.

Berlin, 27. April. (Eig. Drahtbericht) Die Fortschrittliche Volkspartei des Abgeordnetenhauses hat zur zweiten Lesung des Kultussetats im Abgeordnetenhaus den Antrag gestellt, die Staatsregierung zu ersuchen, den Volksschullehrern den Zutritt zu dem akademischen Studium in ähnlicher Art zu gestatten, wie dies in anderen Bundesstaaten üblich ist.

Eine evangelisch-theologische Fakultät in Frankfurt a. M.

†† Berlin, 27. April. Einen bedeutenden Antrag zum Kultusetat hat heute die konservative Fraktion im Abgeordnetenhaus gestellt. Sie beantragte, die Staatsregierung zu ersuchen, für die neu zu gründende Universität Frankfurt eine evangelisch-theologische Fakultät zu errichten und gegebenenfalls die Kosten auf den Staatshaushaltsetat zu übernehmen.

Der Wehrbeitrag der Stadt Berlin.

†† Berlin, 27. April. In Berlin rechnet man auf Grund von vorliegenden Schätzungen damit, daß der Wehrbeitrag der Reichshauptstadt ungefähr 200 Millionen Mark erreichen dürfte.

Das Kleinwohnungsgesetz.

* Berlin, 27. April. Offiziell wird darauf hingewiesen, daß die Regierung auf der Verabschiedung des Gesetzentwurfes über die Bürgschaften des Reiches zur Förderung des Baues von Kleinwohnungen für Reichs- und Militärbedienstete bestesse. Diese Vorlage ist der eigensten Initiative des Reichstages entsprungen, der vor etwa einem Jahre den Reichskanzler ersuchte, zu Beginn der nächsten Tagung eine Vorlage zu machen, nach welcher das Reich Bürgschaft übernehmen kann für die zweiten Hypotheken der Kleinwohnungsgelände von Genossenschafts-Unternehmungen.

Ehrenbürger Dr. Lenke.

†† Mülhausen i. Th., 27. April. Die städtischen Körperschaften beschloßen, ihren früheren Oberbürgermeister, Finanzminister Lenke, anlässlich der Eröffnung des neuen Rathauses am 2. Mai zum Ehrenbürger zu ernennen.

Der Thronfolger und Graf Verdtold beim Kaiser Franz Joseph.

wb. Wien, 27. April. Wie die Blätter melden, hat der Kaiser heute vormittag den Grafen Verdtold und heute mitag Erzherzog Franz Ferdinand empfangen.

Das belgische Königspaar in Luxemburg.

wb. Luxemburg, 27. April. Auf dem Nordbahnhof trafen heute nachmittag 5 Uhr mittels Sonderzuges das belgische Königspaar zu einem offiziellen Besuche hier ein. Zum Empfang hatten sich die Großherzogin und die Großherzogin-Mutter, die Mitglieder der Regierung, der belgische Gesandte und die belgische Kolonie

Wiesbadener Tagblatt.

Verlag Langgasse 21

„Tagblatt-Hand“

Seit 1848 gedruckt von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Wöchentlich

12 Ausgaben.

Vertrieb:

„Tagblatt-Hand“ Nr. 6650-53.

Von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends, außer Sonntagen.

Bezugs-Preis für beide Ausgaben: 70 Pfg. monatlich. W. 2. — Vierteljährlich durch den Verlag Langgasse 21, ohne Frachtgeld. W. 3. — Vierteljährlich durch alle deutschen Buchhändler, ausschließlich Druckschrift. — Bezugs-Bestellungen nehmen außerdem entgegen: in Wiesbaden die Verlags- und Druckerei, in allen Teilen der Stadt: in Biedrich: die dortigen Buchhändler und in den benachbarten Orten und im Rheingau die betreffenden Tagblatt-Träger.



Anzeigen-Preis für die Zeilen: 15 Pfg. für lokale Anzeigen im „Arbeitsmarkt“ und „Münster Anzeiger“ in einheitlicher Spalte; 20 Pfg. in davon abweichender Spaltenbreite, sowie für alle übrigen lokalen Anzeigen; 30 Pfg. für alle auswärtigen Anzeigen; 1 M. für lokale Werbeflächen; 2 M. für auswärtige Werbeflächen. Ganze, halbe, Drittel und Viertel Seiten, durchlaufend, nach besonderer Berechnung. — Bei wiederholter Aufnahme unveränderter Anzeigen in kurzen Zeitintervallen entsprechender Rabatt.

Kapital-Gewinn: Für die Rhein- und Ruhr-Region bis 12 Uhr mittags; für die Westfalen-Region bis 3 Uhr nachmittags. Berliner Redaktion des Wiesbadener Tagblatt: Berlin-Wilmersdorf, Gänsestr. 66, Fernspr.: Amt Umland 450 u. 451. Für die Aufnahme von Anzeigen an vorgedruckten Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben.

Dienstag, 28. April 1914.

Abend-Ausgabe.

Nr. 196. • 62. Jahrgang.

Die Vermittlung.

Die militärische Promenade nach Mexiko läßt sich ganz anders an, als die Pankees es sich in ihrem, durch die gelbe Presse geschürten Chauvinismus gedacht hatten, und der große moralische Kater, der sich bereits in der Union geltend macht, wird am deutlichsten erläutert durch die tiefgehenden Meinungsverschiedenheiten im Kabinett, wo der Staatssekretär Bryan gegenüber der Militärpartei den Friedensstandpunkt vertritt, während der Präsident Wilson halbtags hin- und her schwankt und noch immer von einer „friedlichen Intervention“ redet, obwohl die Kanonen bereits eine durchaus unfriedliche Sprache gesprochen haben. Wilsons Rechnung war eben ohne den Wirt, nämlich ohne die Rebellen generale, gemacht worden, die keineswegs, wie man sich in Washington einredete, den amerikanischen „Befreier“ mit offenen Armen entgegenkamen, sondern nach den bösen Erfahrungen, die man auf Kuba und den Philippinen mit der „Befreiung“ gemacht hatte, vielmehr zur energischen Gegenwehr riefen. Von einem regelrechten Feldzug gegen Mexiko will aber in der Union kein vernünftiger Mensch etwas wissen, denn daß ein etwaiger Marsch ins Innere des Landes angeht, der schlechten Wege und des Wassermangels für die Invasionsarmee eine recht gefährliche Aufgabe wäre, das wissen die Amerikaner ja noch von dem erbitterten, blutigen Kriege her, den sie in den Jahren 1846/47 gegen Mexiko geführt haben.

Unter diesen Umständen hätte es den verantwortlichen Männern im Weißen Hause zu Washington eigentlich ganz willkommen sein müssen, daß die Regierungen der drei Staaten Argentinien, Brasilien und Chile der Union und Mexiko das Angebot einer Vermittlung gemacht haben, wenn nicht die begleitenden Umstände hierbei recht fatal für Uncle Sam wären, der sich bisher nicht nur als der Beherrscher des amerikanischen Kontinentes, sondern auch als Schiedsrichter zwischen den anderen amerikanischen Staatstweien und Europa aufspielte. Schon daß an den Beratungen der Boten Argentinien, Brasiliens und Chiles auch die Gesandten von Peru, Bolivien, Costa Rica, Honduras und Panama sowie der kubanische Geschäftsträger teilnahmen, läßt erkennen, daß es sich hier um einen Schritt der einigen Staaten von Südamerika gegenüber den Vereinigten Staaten von Nordamerika handelt. Wenn ferner auch das Anerbieten der drei südamerikanischen Republiken in den freundschaftlichen Tönen gehalten ist, so bilden doch die Auslassungen der südamerikanischen Presse, von denen wir gestern einige Proben mitteilten, dazu einen Kommentar, den man sich in Washington nicht hinter den Spiegel stecken wird. So spricht die „Argentina“ von einer Aktion der Pankeeraubgier. Die „Nacion“ betont, daß durch das Vorgehen Wilsons das lateinische Rassegefühl verletzt sei und das unverhohlene Mißtrauen der südamerikanischen Staaten nur mit Mühe in seinem Ausdruck gemäßigt wäre. Die chilenische „Manana“ verächtelt, daß die unangemessenen Forderungen Wilsons den Konflikt des Panamerikanismus herbeigeführt hätten, und die Presse der anderen südamerikanischen Staaten äußert sich in ähnlicher Weise, während in Montevideo sogar stürmische Protestkundgebungen gegen die Mexikopolitik der Union stattgefunden haben.

Die Besorgnisse, welche in dieser Erbitterung der kleineren amerikanischen Staaten gegen den „großen Bruder“ zum Ausdruck kommen, sind keineswegs neueren Datums. Seitdem im Lande der unbegrenzten Möglichkeiten der Imperialismus bedenklich erstarkt ist und Hand in Hand damit jene Erweiterung der Monroedoktrin erst durch den Senator Lodge und neuerdings durch den Präsidenten Wilson beliebt wurde, wonach die Union sich eine Kontrolle über die auswärtigen Beziehungen der anderen amerikanischen Staaten anmaßt, hegt man in den südamerikanischen Staaten ernste Besorgnisse gegen die Expansionsbestrebungen der Union, wie sie zuerst im Kriege gegen Spanien und dann bei dem Panamakanal hervorgetreten sind. Während von Washington aus eine panamerikanische Bewegung in Szene gesetzt wurde, welche den Zusammenschluß aller amerikanischen Staaten unter Vormundschaft Uncle Sams anstrebt, sind die südamerikanischen Staaten im Gegensatz hierzu seit längeren Zeiten bestrebt, einen Zusammenschluß als Gegengewicht gegen die Union herbeizuführen.

Das ist die tiefere Bedeutung des Vermittlungsangebotes der drei A.-P.-C.-Staaten, hinter denen das ganze andere Amerika steht. Daß es sich jetzt bestätigt, daß die europäischen Mächte diese Vermittlung unterstützen, ist um so interessanter, als Präsident Wilson in seiner Botschaft vom Dezember 1913 an den

Kongreß „die Konzeptionsjäger der europäischen Staaten in Süd- und Mittelamerika“ für eine „ernste Gefahr“ erklärte. Man sieht, daß diese Staaten die Gefahr auf einer ganz anderen Seite sehen.

Ob die Vermittlung nun jetzt noch von Erfolg begleitet sein wird, mag angesichts der neuen mexikanischen Gewalttaten zweifelhaft sein. Aber daß das Angebot überhaupt gemacht wurde, und daß die Union es mit beträchtlich verlegenen und verlogenen Phrasen grundsätzlich annahm, annehmen mußte, zeigt den bedenklichen Wandel, der sich in der neuen Welt vollzogen hat, läßt erkennen, daß die anderen amerikanischen Staaten entschlossen sind, mit vereinter Macht das Joch der amerikanischen Vormundschaft abzuschütteln. Und wenn Wilson in seiner Antwort versichert, daß dieser Vermittlungsvorschlag „eine neue Zeit gegenseitigen vertrauensvollen Zusammenwirkens in Amerika“ herbeiführe, so ist dieser Clownscherz selbst für amerikanischen Verhältnisse zu grotesk, denn in Wahrheit verheißt er eine neue Zeit mißtrauischen Gegeneinanderarbeitens.

Die Beteiligung der europäischen Großmächte.

Wb. Washington, 27. April. Wie erklärt wird, hegt man in den Kreisen der hiesigen europäischen Diplomaten eine pessimistische Auffassung hinsichtlich der Vermittlungsvorschläge der südamerikanischen Republiken bezüglich Mexikos. In amerikanischen amtlichen Kreisen wird die Aktion Deutschlands, Frankreichs und Englands, Querta die Annahme der Vermittlung nahe zu legen, mit großer Befriedigung aufgenommen.

Die Beteiligung der deutschen Regierung.

* Berlin, 28. April. Wie hier aus sicherer Quelle verlautet, wird die deutsche Regierung durch die Gesandtschaft in Mexiko Querta zur Annahme der Vermittlung der südamerikanischen Staaten zu bewegen suchen.

Quertas Einwilligung offiziell.

Wb. Washington, 27. April. Wie hier in diplomatischen Kreisen verlautet, war es der mexikanische Minister des Äußeren Rojas, welcher dem spanischen Botschafter die Mitteilung machte, daß Querta bereit sei, das Anerbieten Argentinien, Brasiliens und Chiles anzunehmen. Die Mitteilung gilt daher als eine amtliche, die Regierung Quertas bindende Erklärung.

Keine Bedingungen über Quertas Zukunft.

Wb. Washington, 27. April. Wie verlautet, wurden bei den Verhandlungen über die Vermittlungsvorschläge bezüglich Mexikos bisher keine Bedingungen über die zukünftige Stellung Quertas aufgestellt.

Die amerikanischen Flüchtlinge.

Wb. Washington, 27. April. Nach einer Konferenz mit Präsident Wilson kündigte Staatssekretär Bryan an, daß die Verhandlungen abgeschlossen seien, um allen Amerikanern zu gestatten, Mexiko zu verlassen. 700 Amerikaner mit ihren Frauen, die noch in der Stadt Mexiko weilen, haben mit ihren Reisevorbereitungen begonnen.

Wb. Veracruz, 27. April. Der britische Gesandte Carden teilte dem hiesigen britischen Konsulat mit, daß Querta eingewilligt habe, einen weiteren Zug mit Flüchtlingen abzuschicken. Morgen wird die Ankunft von 250 Fremden aus der Hauptstadt erwartet.

Der Dank der Vertriebenen von Tampico an den deutschen Kaiser.

Wb. New York, 27. April. Die „Times“ meldet aus Galveston: Die hier aus Tampico eingetroffenen Flüchtlinge sandten an den deutschen Kaiser eine längere Depesche, in der sie für das prompte Eingreifen des Kapitäns Schiller, des Kommandanten des Kreuzers „Dresden“, danken, welcher sie vor dem Böbel in Tampico gerettet habe.

Von der mexikanischen Nordgrenze.

* Washington, 28. April. An der mexikanischen Nordgrenze ist es erneut zu Kämpfen gekommen. Aus Nuevo Laredo wird gemeldet, daß die Mexikaner, die von hier vertrieben worden sind, nochmals versuchten, über den Rio Grande zu gehen und in amerikanisches Gebiet einzufallen. Sie stießen mit amerikanischen Truppen zusammen und es kam zu einem Gefecht, wobei 10 Mexikaner getötet und 20 verwundet wurden. — Aus El Paso wird berichtet, daß drei Millionen Patronen, die für die Mexikaner bestimmt waren, gestern früh von amerikanischen Truppen abgefangen wurden.

Querta und die Eisenbahnen.

Wb. Veracruz, 27. April. Mit Ausnahme der pan-amerikanischen Eisenbahn, die von Guatemala die Westküste entlang führt, erhält Querta den Betrieb sämtlicher mexikanischen Eisenbahnen mit eigenen Leuten aufrecht. Er hat alle Fremden davon gejagt. Die letzte von ihm übernommene Eisenbahn ist die Tehuantepec Nacional Eisenbahn, die quer durch den Isthmus von Tehuantepec führt und gemeinsames Eigentum der Regierung und eines Lord Cowiwa ist. Die Veracruz- und Isthmus-Eisenbahn zwischen Tierra Blanca und Veracruz ist nicht in Betrieb, da die Brücke bei Boca del Rio, 8 Meilen von Veracruz, mit Dynamit in die Luft gesprengt worden ist.

Die Wehklagen des Zentrums.

○ Berlin, 27. April.

Je weniger Grund das Zentrum zu beschweren über die angebliche Unfreiheit der katholischen Kirche in Preußen hat, desto heftiger sucht es die Luft zu erschüttern. Würde das Zentrum nicht seine Klagerufe ertönen lassen, so käme kein urteilsfähiger Mensch darauf, zu vermuten, daß es der katholischen Kirche bei uns schlecht geht. So aber, und indem die Generaldebatte des Kultusstaats im Abgeordnetenhaus zum Anlaß von Klagen und Anklagen gemacht wird, erfährt die Öffentlichkeit immerhin, daß das Zentrum mindestens den Plan verfolgt, einen vermeintlichen Notstand einfach dadurch herzustellen, daß behauptet wird, es gebe keinen. Wenn das auch nicht wahr ist, so sorgt die natürliche Resonanz, die jedes laute Wort als Echo zurücktönen läßt, irgendwie doch dafür, daß wenigstens auf kurze Zeit die freilich grundlose Meinung aufkommen kann, die Wortführer des Merkantilismus hätten bei ihren Beschwerden festen Boden unter den Füßen. Sie haben ihn wirklich nicht. Die heutige sehr bewegliche und mit gutmarkierter Leidenschaftlichkeit ergriffenheit arbeitende Rede des Abgeordneten Dr. Dietrich stellte mit Fleiß und Sorgfalt alles zusammen, was das Zentrum an Beschwerden über Verhinderung von Ordensniederlassungen und über Beschränkung der Tätigkeit von katholischen Ordensschwestern vorzubringen hat, und was ist das Ergebnis? Eigentlich nichts. Es klingt ja ganz schrecklich, wenn der Redner ausrief, in ganz Ostpreußen befände sich nicht eine einzige Ordensniederlassung und das Gebäude der Gerechtigkeit scheint insanken zu kommen, wenn man weiter hört, daß in Königsberg die Särge verbotenen worden sei, mehr als 25 Waisenkinder aufzunehmen und ein Pensionat zu errichten. Viel mehr als dies wußte der Redner nicht zu vermelden, und das auf die Tafel der Entrüstung gesetzte heiß dampfende Gericht (es war in der Tat nur Dampf, der sich schnell verzieht) nahm sich alsbald als eine sehr dünne Brüh aus, nachdem der Kultusminister und nach ihm Herr v. Campe mit Zahlen angerückt kamen, deren Buch und Wirkung alle Anklagen des Zentrums wie Spreu verfliegen ließ. Der Kultusminister hätte dem Zentrum mit Breiten zuzurufen können: „Ich habe schon so viel für dich getan, daß mir zu tun fast nichts mehr übrig bleibt.“ Im Jahre 1902 wurden 19 000 Persönlichkeiten aus Orten, die sich der Krankenpflege widmen, festgestellt, am 31. Dezember 1913 waren es 36 841 Mitglieder in 2508 Ordensniederlassungen. Das sind ausschließlich Persönlichkeiten, die sich der Krankenpflege und anderen Gebieten der christlichen Nächstenliebe widmen, die Zahl der Ordensleute selber ist aber viel größer, in den letzten Jahren wurden im ganzen 32 000 zugelassen, so daß die Gesamtzahl 60 000 beträgt. Mit der ersten der mitgeteilten Zahlen konnte der Kultusminister dem wehklagenden Zentrum aufwarten, mit der zweiten Zahlenangabe konnte es der nationalliberale Redner, Abgeordneter v. Campe, tun. Noch einmal: wo ist ein Grund zu beschweren? Und wenn Herr v. Campe fragte, warum sich die Herren vom Zentrum über das staatliche Aufsichtsrecht über die Orden in Preußen beschwerten, nicht aber darüber, daß genau das gleiche im vielgepriesenen Bayern des Grafen Hertling geschieht, so hat er zu der Frage selbst ja zehnmal recht, aber auf eine vernünftige Antwort wird er lange zu warten haben. Nun ist der stärkste Januswahl, mit dem das Zentrum sowohl der Regierung wie den Parteien ins Gesicht zu fucheln liebt, ja nicht diese Ordensniederlassungsfrage, sondern die des Jesuitengesetzes. Was auf die betreffenden Wünsche vom Standpunkt der Regierung aus zu erwidern war, das hat Herr v. Trott zu Solz nun allerdings — und das ist der Feststellung reichlich wert — heute nicht erwidert. Er zog es vor, zu schweigen. Wunders kann man sich ja darüber nicht; die Frage des Jesuitengesetzes ist mehr und mehr eine der politischen Diplomatie geworden, sie ist aus dem Rahmen der reinen Sachlichkeit längst herausgetreten, sie wird nach Gesichtspunkten behandelt, die sich aus der Gesamtlage der politischen Verhältnisse im Reich und aus den grundlegenden parteipolitischen Fragen ergeben, und so versteht es sich von selbst, daß der Kultusminister diese Angelegenheit gern auf den Reichskanzler abschiebt und den Reichstag für den besser geeigneten Ort zu ihrer Erledigung betrachtet. Im Gegensatz zu dem fortwährenden Redner, Abgeordneten Eichhoff, der sich heute wie zuvor schon im Reichstag für die Aufhebung des Jesuitengesetzes erklärte, was es sogar der freikonservativen Abgeordnete Bierck vor, über die Frage nichts zu sagen. Dafür erlebte es das Zentrum, daß ihm ein anderer, weniger willkommener Unterhaltungskoff dargeboten wurde, zuerst in ausgezeichneter Weise vom

Abgeordneten v. Campe, dann auch vom Abgeordneten Eichhoff und anderen Rednern, und zwar in Gestalt des vielberufenen gefälligen Kaiserbriefes. Das ist eine harte Nuß, von der die fluge Gesellschaft in der Mitte des Hauses gewiß am meisten bedauert, daß sie im Dickicht einer sinnlosen Konfessionellen Hege überhaupt reifen konnte. Gewiß haben die anständigen Zentrumsblätter den Schwindel nicht mitgemacht, aber die übergroße Mehrheit der Blätter, die das doch tat, wird sich von den Zentrumsrednern natürlich nicht lassen lassen wollen, daß sie unanständig gehandelt haben, und die Zentrumsredner werden das auch gar nicht wagen dürfen.

Die Ulsterkrisis.

Eine Erklärung der Regierung im Unterhaus.

* London, 28. April. Im Verlauf der gestrigen Unterhausdebatte erklärte Ministerpräsident Asquith in Erwiderung auf eine Anfrage, welche Schritte die Regierung nach den jüngsten Vorfällen in Ulster zu unternehmen gedenke, u. a. folgendes: Im Hinblick auf diese schweren Ausschreitungen, die keinen Präzedenzfall besitzen, möge das Haus versichert sein, daß die Regierung unverzüglich geeignete Schritte unternehmen werde, um dem Gesetz Achtung zu verschaffen und die Offiziere und Diener des Königs und seiner Majestät Untertanen in der Ausübung ihrer Pflichten und in dem Genuß ihrer geschützten Rechte zu schützen.

Die Regierung über den gelungenen Waffenschmuggel.

wb. London, 27. April. Im Oberhaus führte Lordgeheimrat Marquis Grey aus, die Vorgänge in Ulster am Samstag hätten eine direkte Hinderung der Beamten des Königs bei der Ausübung ihrer Pflicht enthalten und ebenso eine Unterbindung des öffentlichen Wohls. Die Geschehnisse hätten zwar keinen tatsächlichen Zusammenstoß und keinen Verlust an Menschenleben durch Gewalttätigkeiten mit sich gebracht, doch hätten diejenigen, welche diese Vorgänge herbeigeführt hätten, dieses nicht voraussehen können, und solche bedauernden Folgen, wie die genannten, hätten sich ergeben können. Es hätte zu ersten Unruhen kommen können. Hinsichtlich der Frage, ob die Regierung ernste Unruhen befürchte, erwiderte er, daß die Regierung nach den ihr zugegangenen Mitteilungen und auf Grund der Erfahrungen, die sie gemacht habe, handeln müsse. Weitere Mitteilung könne er nicht machen.

Verschärfung der Lage.

* London, 28. April. Der gelungenen Coup des Waffenschmuggels in Ulster hat die Situation neuerdings wieder verschärft. In politischen Kreisen herrscht große Erregung darüber, daß die Regierung keine energischen Maßnahmen zur Verhütung derartiger Vorkommnisse getroffen hat. Ministerpräsident Asquith hatte vor der gestrigen Parlamentsdebatte eine längere Konferenz mit dem Marineminister Churchill und anderen Mitgliedern des Kabinetts. Besonders auffallen erregte es ferner, daß Ministerpräsident Asquith mitten aus der Parlamentsdebatte heraus zum König zur Audienz befohlen wurde, die eine halbe Stunde dauerte. Nach der Audienz fand ein Kabinettsrat statt, aus dessen langer Dauer geschlossen wird, daß die Regierung besonders scharfe Maßnahmen zu ergreifen gedenkt. In politischen Kreisen verlautet, daß die Grafschaft Ulster unter Militärgefeß gestellt werden soll, unter ein Gesetz, das den Militärbehörden umfangreiche Nachbefugnisse gibt.

Auflösung des Parlaments?

* London, 28. April. Der Ministerrat, der gestern Abend stattfinden sollte, ist auf heute früh verschoben worden. Dieser Umstand wurde erst am Abend sehr spät bekannt und hat in parlamentarischen Kreisen den Eindruck hervorgerufen, als ob der Premierminister mit seinen Kollegen Rücksprache betreffs Auflösung des Parlaments halten wolle, um sofort nach Beendigung des Ministerrats diese Tatsache im Unterhaus anzukündigen. Trotz der militärischen Vorbereitungen hat die Regierung die Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Ulsterkrise durchaus noch nicht aufgegeben. Die

radikalen Minister allerdings verlangen energisch den Abbruch der Verhandlungen und den Übergang zur Politik der Repressalien. Sie befinden sich jedoch vorläufig in der Minderheit. Die älteren und vorsichtigeren Minister scheuen immer noch die Ergreifung von Maßnahmen, die den vollständigen Bruch herbeiführen müßten.

Die Stimmung in Irland.

* London, 28. April. Die Nachrichten über die Parlamentsverhandlungen sowie die Erklärung, die der Ministerpräsident im Namen der Regierung abgegeben wird, daß die englische Regierung fest entschlossen sei, dem neuen Home-Rule-Gesetz Geltung zu verschaffen, hat die größte Erregung in Irland hervorgerufen. Wie die „Daily Mail“ meldet, hat die englische Regierung Schiffe nach dem Hafen von Larne abgehen lassen. Die Schiffe, deren Namen noch nicht bekannt sind und die kleine Kreuzer sein sollen, sind gegen Witternächte dort angekommen und liegen während der ganzen Nacht ihre Scheinwerfer über Larne spielen. Die polizeiliche Gewalt in Belfast und Larne ist in die Hände des Militärs übergegangen. Wie die „Daily Mail“ weiter meldet, sind in Lamlash, einem an der schottischen Küste, und zwar Belfast gegenüberliegenden Hafen, eine Anzahl schwerer Schiffschiffe angekommen, die aller Wahrscheinlichkeit nach erhalten werden, nach Irland hinüberzuführen. In Dublin stehen fünf Regimenter Infanterie und zwei Regimenter Kavallerie, die zu sofortigem Einmarsch in das unruhige Gebiet bereit sind.

Ein „deutsches Schiff“ bei der Waffenslieferung für Ulster beteiligt?

* London, 28. April. Hier verlautet, daß es das deutsche Schiff „Janny“ war, das für die Ulsterleute riesige Vorräte von Gewehren und Munition brachte. Wie es heißt, erschien die „Janny“ an der irischen Küste, landete jedoch nicht, sondern umkreiste ganz Irland und ging dann in einem versteckten Hafen an einer kleinen Insel im Süden von Irland vor Anker. Hier wurde das Schiff vollkommen unkenntlich gemacht, indem es einen neuen Anstrich erhielt und auch sonst verändert wurde. Nach der Ausladung ging es wieder in See und in der Nacht zum Samstag nahm ein von den Ulsterleuten gecharterter kleiner Dampfer die ganze Ladung auf.

Deutsches Reich.

* Hof- und Personal-Nachrichten. In Detmold erfolgte heute die Verlobung des Prinzen Julius Ernst zu Lippe mit der Herzogin Marie von Mecklenburg.

* Aus Rom. Am Montagvormittag hörte der Kaiser die Vorträge der drei Kabinettschefs und des Gesandten von Teutler. Zur Mittagstafel beim Kaiser war der Maler Warshawski geladen. Nach der Tafel beschäftigten die Majestäten die Arbeiten des Künstlers, der auf Veranlassung des Kaisers mehrere Wochen auf den Terrassen des Quirinals, in Gasteri, in Montepos und Palaststrizza gemalt hat. Der Kaiser erwarb einige Bilder. Nachmittags machten die Majestäten eine Autofahrt in Automobilen. Der König der Hellenen verließ dem Gesandten Grafen Quadt das Großkreuz des Erlöserordens.

* Eine Reise des bayerischen Königs nach Mähren und Ungarn. Der König und die Königin von Bayern werden mit ihren Töchtern am 3. Mai nach Gidwanow in Mähren und dann auf ihre Besitzungen nach Sarwar in Ungarn begeben und am 20. Mai nach München zurückkehren.

* Ein interessantes Taufgeschehen des Herzogs von Cumberland. Zu den Tauffeierlichkeiten in Braunschweig sind als Geschenk des Herzogs von Cumberland mehrere Hofwagen aus Gmunden eingetroffen. Die dazu gehörigen Vivreen und Geschirre entsprechen genau denen des früheren hannoverschen Königshauses.

* Die bayerische Staatsregierung bleibt fest in der Arbeitslosenversicherungsfrage. Der Ausschuss der Reichsratskammer hatte dieser Tage die Vorlage über die Arbeitslosenversicherung, die für jede Gemeinde, die sich auf dem Gebiete der Arbeitslosenfürsorge betätigt, einen Zuschuß von mindestens 75 000 M. vorsieht, abgelehnt. Er hatte sich damit in

Widerspruch mit dem Votum des bayerischen Landtags gesetzt, der die Vorlage angenommen hatte. Jetzt erklärt die „Bayerische Staatszeitung“, daß die Regierung auf ihrem Standpunkt, der die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung vorsieht, bestehen wird.

* Ein Scheitern des Gesekentwurfs über den Kolonialgerichtshof? Die Reichsregierung soll die Absicht haben, den Gesekentwurf über den Kolonialgerichtshof eventuell scheitern zu lassen, falls der Reichstag darauf besteht, daß der Sitz des Kolonialgerichtshofes nach Hamburg verlegt wird. Nähere Einzelheiten sind über die Angelegenheit, deren Entscheidung nahe bevorsteht, vorläufig nicht bekannt.

* Zur Ministerkrise in Koburg-Gotha. Wie das „Gothaische Tageblatt“ mitteilt, lautet das Telegramm des Herzogs auf das Entlassungsgesuch des Staatsministers Dr. v. Richter: „Bedenke tief Ihren Entschluß, möchte mir Entscheidung bis Rückkehr vorbehalten. Hoffe lebhaft, daß vermittelnder Ausweg zu finden ist. Karl Eduard.“ — Das sieht so bemerkt hierzu das zitierte Blatt, doch nicht so aus, als ob es dem Herzog gefiel, sich brüsk über die Rechte und die Interessen der Bevölkerung hinwegzusetzen. Er hofft vielmehr, daß es ihm zusammen mit dem Staatsminister gelingen werde, die Interessengegenstände in der Wegefrage auszugleichen. (Vergl. „Letzte Drahtberichte“.)

* Das Wehrbeitragsergebnis. Durch den Generalpardon dürfte die Stadt Berlin im Höchstfalle 300 000 M. als dauernde Mehreinnahme aus der Einkommensteuer erzielen, was bei einem Etat von 308 Millionen Mark kaum in Betracht kommt. Schöneberg wird voraussichtlich 6½ Millionen Mark Wehrbeitrag zahlen; die durch den Generalpardon bereitete dauernde Mehreinnahme aus der Gemeindevorsteuereinkommensteuer beträgt hier jährlich rund 90 000 M. — In Gelsenkirchen ergab die Veranlagung zum Wehrbeitrag nach den bisherigen Feststellungen 1 816 883 M. Davon entfallen auf nichtpächterische Personen 894 216 M., der Rest auf pächterische Personen. Von dem Generalpardon wurde auch hier reichlich Gebrauch gemacht.

* Ein Spionagefall im Reichslande. Die gestern mit Vorbehalt wiedergegebene Meldung eines englischen Blattes von einem Spionagefall im Reichslande, an der ein französischer Jesuit beteiligt sein sollte, bestätigt sich nicht. Dagegen wurde am Sonntagvormittag in Reck der Landwirt Alfons Hurlin, der Verwalter des Gutes Montigny-la-Grange, wegen Spionageverdachts verhaftet. In dem Gorte des Verhafteten wurde noch am gleichen Tage in seiner Gegenwart eine Hausdurchsuchung abgehalten. Von Bekannten des Verhafteten wurden 70 000 M. angeboten, um die Freilassung des Hurlin zu erwirken. Die Behörden hielten indes die Verhaftung aufrecht. Die ganze Angelegenheit hat in Reck große Erregung hervorgerufen.

* Ahermals ein Wahlprotest in Schwed. Das polnische Wahlkomitee in Schwed hat beschlossen, gegen die Wahl des Abgeordneten v. Salew (Npt.) ahermals Protest einzulegen. Das Weismaterial soll angeblich sehr groß sein.

* Die Kößliner Stadtverordnetenversammlung hat gestern nachmittag in geheimer Sitzung beschlossen, die durch die Verhaftung des zweiten Bürgermeisters Alexander erledigte Stelle nicht mehr auszufüllen, sondern unter drei in Frage kommenden Kandidaten zu wählen. Ferner stimmte die Versammlung der Errichtung eines Flugplatzes in Kößlin zu. Das Objekt beträgt über eine Million. Neben einer Zivilflieger Schule soll eine solche für Militärflieger errichtet werden.

* Mehr Frauenhilfe im Kampfe gegen die Tuberkulose. Bei der gestern in Berlin abgehaltenen Versammlung des Volkshilfsbundes vom Roten Kreuz sprach Geheimrat Kirchner über die Erziehung der Frau zu einer antituberkulösen Tätigkeit. Im Vergleich zu der Annahme der übrigen übertragbaren Krankheiten sei der in den letzten 30 Jahren erreichte Rückgang der Tuberkulose noch gering. Im Osten und Westen nehme die Krankheit zu, an der Spitze marschiere Berlin. Da müsse die Frau neben den Heilstätten und Fürsorgeanstalten eintreten sowohl im Haushalt wie in der Krankenpflege.

Feuilleton.

Aus Kunst und Leben.

* Konzert. Der Tenorist Herr Ernst Heinz Raven, nachdem an verschiedenen Bühnen als Opernjäger tätig, hat sich bekanntlich seit kurzem als Gesangslehrer in unserer Stadt niedergelassen. In einer unlängst erschienenen Schrift hat Herr Raven auf die Zielpunkte seiner besonderen Singmethode hingewiesen. Es ist darüber an anderer Stelle schon berichtet worden. Man war natürlich nicht wenig gespannt, nun auch den praktischen Erfolg jener theoretischen Studie kennen zu lernen, und das gestern Abend im „Kasino“ von Herrn Raven veranstaltete Konzert begegnete daher in musikalischen Kreisen vielfachem Interesse. In der Hauptache brachte der Konzertgeber Lieder von Brahms, Strauss und Wolf und einige Szenen aus Musikdramen von R. Wagner usw. zu Gehör. Die in mächtiger Kraftfülle erblühende Erscheinung des Herrn Raven dürfte die Richtigkeit seiner Ansicht sprechen, daß ein breiter Brustkasten — mechanische Experimente können wirksam nachhelfen — für den Sänger schon halbgenommenes Spiel bedeute. Natürlich gibt es da Ausnahmen; aber Herrn Raven wird man allerdings zugestehen müssen, daß seine Stimme mit seinem Brustumfang im rechten Verhältnis steht. Freilich wollte es bedürfen, als ob der Sänger in dem Bestreben, die Ausbreitung und Ausdauer seines heroisch-himbrierten, robusten Organs zu erweitern, oft etwas zu weit gehe und darüber die feineren Differenzierungen des Ausdrucks hintansetze: jene subtil erfüllten verschiedenartigen Schattierungen und Abwandlungen des Tones, die gerade den lyrischen Gesangs Vortrag verschöneren. Schwunghaftes, heuriges, Temperamentvolles entspricht seiner Eigennatur wohl am besten, und hier erreichte der Sänger manche Effekte, die besonders beim größeren Publikum geringe Einschlagen: Wolfs „Führer“, „Beherzigung“, „Der Freund“, oder Rich. Strauß' „Heimliche Aufforderung“ hatten in der Wiedergabe viel Jüngeres. Der poetische Gehalt von Liedern, wie Brahms' „Königin“, Wolfs „Verborgeneheit“ oder Strauß' „Dämmerungs-Lied“, trat minder überzeugend in Erscheinung. Doch wird es Herrn Raven bei weiterer Betätigung als Niederfänger gewiß gelingen, seinen Gesang auch solchen zarteren Stimmungsreflexen im Vortrag anzupassen. In der Wiedergabe der

Opernfragmente von Wagner entwickelte Herr Raven viel dramatische Lebendigkeit und Verbe; wie denn in der Textbehandlung — (keine Witzungen in der Vokalisation bleiben noch zu korrigieren) und in der Phrasierung und Charakterisierung des Vortrags überall das Streben nach Klarheit und Deutlichkeit zutage trat. Herr Kapellmeister Georg Franke begleitete am Klavier mit musikalischer Gewandtheit: zuweisen hätte nur auch hier etwas mehr Poesie im Ausdruck nicht geschadet. Das Publikum war sehr beifallsfreudig gestimmt, und der Konzertgeber wurde durch reiche Blumen- und Vorbeerspenden geehrt.

* Darmstädter Frühlingsfestspiele. Der zweite Abend der Darmstädter Frühlingsfestspiele, der die Aufführung von Mozarts Meisterwerk „Don Juan“ brachte, war sowohl in jenischer-dramatischer als besonders in musikalischer Beziehung von überaus großem Interesse. Generalmusikdirektor Leo Blech hatte offensichtlich den Hauptwert auf die Herausarbeitung der dramatisch gesteigerten Momente gelegt, und auch sonst aus dem tiefen und musikalisch ersten Gehalt der Komposition all die Perlen herausgeholt, die sie für den denkenden Zuhörer enthält. Dementsprechend hatte er in den wenigen, aber sehr energiegelassen Proben, die ihm möglich waren, das Orchester erzogen, das früher vor eine ganz andere Aufgabe gestellt war. Ganz meisterhaft war es, wie Blech auf dem Klavier die Regitative begleitete, wie er sich nicht auf die Akkorde beschränkte, sondern die Begleitung gewissenhaft ausfüllte. Der rein dramatischen Auffassung der Komposition gereichte auch die völlige Reinsingenerierung zum Vorteil, so daß eine Aufführung von beispielloser Klarheit und Charakteristik herauskam. Man hatte die dreigeteilte Bühne gewählt (Vorhangsteilung), die einen Szenenwechsel in kürzester Zeit, vielfach ohne Unterbrechung des Gesanges, ermöglichte und eine Geschlossenheit, die bisher niemals erreicht war. Die Darstellung war meisterhaft. Den „Don Juan“ sang Kammerfänger John Forsell vom königlichen Opernhaus Stockholm mit größtem Erfolg, so daß unser sonst so kühles Publikum ihm stürmische Ovationen bei offener Szene bereitzete. Glänzend wie sein Gesang war sein Spiel. Hervorragend sangen Verta Schepfer (Frankfurt) und die Damen Anna und Rosa Artot de Padilla vom königlichen Opernhaus Berlin. Unsere ersten heimischen Kräfte, Donna Elvira-Georgine Behersbach, Don Ottavio-Aug. Gloger, Majetto-Otto Semper, führten sich dem Mahnen glänzend ein. Ein Wort uneingeschränkter Anerkennung gebührt dem Hof-

theatermaler Kurt Kempin, der die neuen stilvollen Dekorationen entworfen hatte.

* Deutsche „Parfissal“-Aufführungen in Holland. Das Elberfelder Stadttheater, das es in der bis zum 1. Mai verlängerten diesjährigen Spielzeit zu insgesamt 25 „Parfissal“-Aufführungen gebracht hat, wird demnächst mit dem Elberfelder Dekorationsapparat zwei „Parfissal“-Aufführungen in Holland geben, und zwar in Rotterdam. Den „Parfissal“ wird Jacques Ullus singen. Außerdem ist das berühmte Konzert-Gebouw-Orchester (Menzelberg-Orchester) zur Mitwirkung gewonnen worden. Dirigent ist der talentierte junge Elberfelder Kapellmeister Knappertbusch. Die Regie hat Intendant v. Gerlach, der die Elberfelder „Parfissal“-Aufführung gegen den Beschluß der Stadtverordnetenversammlung durchsetzte und sie durch seine künstlerische Inszenierung auf eine solche Höhe hob, daß der Theaterbeirat ihm dafür ein besonderes Ehrengeld übermittelte. Als Einleitung der holländischen Maifestspiele hat, dem Amsterdamer „Telegraph“ zufolge, Herr v. Gerlach unter Mithilfe des Kapellmeisters Knappertbusch am Flügel in Rotterdam einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen Vortrag über das Bühnenweihfestspiel vor einem gewählten Publikum gehalten.

O. Kl.

Kleine Chronik.

Theater und Literatur. Im Großherzoglichen Hoftheater in Karlsruhe fand die Uraufführung des einaktigen musikalischen Lustspiels „Das Ungeheuer“ von Anton Voss-Balbrunn statt. Das neue Stück des Verfassers und Komponisten des „Don Quixote“ fand lebhaften Beifall. Das Libretto ist mäßig; die Partitur enthält manch schöne, warmempfundene Stellen; die Instrumentation ist recht geistvoll.

Aus Meiningen. 27. April. wird geschrieben: Max Neger hat aus Gesundheitsrücksichten um Lösung seines Vertrages als Generalmusikdirektor der Meiningener Hofkapelle ersucht. Der Herzog genehmigte sein Gesuch. Der Rücktritt des Künstlers erfolgt bereits am 1. Juli.

Wissenschaft und Technik. Wie aus Petersburg gemeldet wird, beschloß die Hydrotechnische Gesellschaft, Anfang Juni eine Expedition, bestehend aus zwei Schiffen unter dem Kommando des Kapitäns A. A. Bilinski, in das nördliche Eismeer zu entsenden. Die Expedition wird sich von Wladivostok nach dem Beringsee begeben und dann weitere Forschungen über den Seeweg längs der Küste Sibiriens anstellen.

*** Neue Verordnungen von Polizeibeamten?** Unter der Überschrift „Ein Polizeiprojekt in Mülheim am Rhein“ schreibt die „Rheinische Zeitung“ in Köln: Die Stadt Mülheim, die demnächst nach Köln eingemeindet wird, scheint der Stadt der letzten Polizeifälle ein interessantes Angebinde mitzubringen. Seit einiger Zeit schweben nämlich hochnotpeinliche Untersuchungen gegen mehrere Beamte der Mülheimer Kriminalpolizei. Die Herren sollen sich in ähnlicher Weise vergangen haben wie ihre Kölner Kollegen.

— Der Ausschuss der preussischen Tierärztekammern hält am 2. Mai d. J. im Ministerium für Landwirtschaft in Berlin eine Sitzung ab. Aus der Tagesordnung sind hervorzuheben die Beratungen über den Entwurf einer neuen tierärztlichen Taxe, den Erlass eines neuen Schlachthofgesetzes, die Errichtung besonderer Bebeställe für Fischkulturen und Fischkrankheiten an den tierärztlichen Hochschulen Preußens und die Schaffung einer tierärztlichen Stabsordnung. Den Vorsitz führt Geh. Medizinalrat Dr. Esser (Göttingen).

*** Einigungsversuche im Berliner Chauffeurstreik.** Zwischen den Chauffeuren und den Droschkenbesitzern kam es unter Vermittlung des Vorsitzenden des Berliner Gewerbevereins, Magistratsrats v. Schulz, zu Verhandlungen, welche noch fortbauern.

Rechtspflege und Verwaltung.

Personalien. Der Staatsanwalt Brünig in Berlin ist zum ersten Staatsanwalt in Osnabrück ernannt worden.

Parlamentarisches.

Die Regierung über das „Ernannt“. Auf eine kurze Anfrage des Abg. Behrens (Witzsch. Ver.) hat die Regierung an den Reichstag die schriftliche Antwort gelangen lassen, daß mit dem von Dr. Kirschen (Berlin) empfohlenen Heilmittel „Ernannt“ gegen die Maul- und Klauenseuche auf einem Rittergut in Ostpreußen Versuche angestellt worden sind, die aber eine Heilwirkung des Mittels nicht ergeben haben.

Der Schutz des menschlichen Lebens auf See. Auf eine kurze Anfrage erwiderte die Regierung dem Reichstag, daß nach Artikel 57 Abs. 3 des internationalen Vertrags zum Schutz des menschlichen Lebens auf See die Sicherheitszertifikate von den Beamten des Staats auszustellen sind, dem das Schiff angehört, oder von anderen Personen, die kraft eines Auftrags dieses Staats handeln.

Heer und Flotte.

Die letzten Personalveränderungen im Heer wurden, so weit sie unseren Bezirk betreffen, schon von uns mitgeteilt. Wir tragen noch eine Übersicht über den Gesamtumfang der Veränderungen nach: Es wurden ernannt — einschließlich der Charaktererhöhungen — 6 Generalleutnants, davon 4 der Infanterie, 1 der Kavallerie, 1 der Eisenbahnbrigade, bei denen der Infanterie der Kommandant der Oberheeresbefestigungen, Generalmajor v. Wobben, ferner 25 Generalmajore, davon 13 der Infanterie, 7 der Kavallerie, 4 der Feldartillerie, 1 der Pioniere, unter denen der Infanterie mit dem Charakter der Oberst 3. D. Wronski v. Schellendorf in Konstantinopel und der Oberst Boide, Kommandant von Bützsch. Dabei wurden 4 Infanteriebrigaden neue besetzt, nämlich die 29. in Aachen, die 54. in Ulm, die 59. in Saarburg i. Lothr. und die 85. in Straßburg i. Elz. Außerdem wurden ernannt 48 Obersten, davon 16 der Infanterie, 4 der Kavallerie, 11 der Feldartillerie, 3 der Pioniere, 1 der Bercehstruppen, 3 der technischen Institute, 8 der Befehlungsämter und 2 der Gendarmerie. Von den 89 neuen Oberstleutenants entfallen 17 auf die Infanterie, 8 auf die Kavallerie, 8 auf die Feldartillerie, 2 auf die Fußartillerie, 3 auf die Pioniere, 1 auf die technischen Institute und 3 auf die Befehlungsämter.

Keine Desertion bei dem 99. Infanterie-Regiment. RC. Straßburg, 27. April. Die Meldung einer französischen Telegraphenagentur, daß zwei Soldaten des Infanterie-Regiments Nr. 99 in Lunéville eingetroffen seien, um sich für die Fremdenlegation antworten zu lassen, ist nach einer Mitteilung des Regiments erfunden. Im Regiment 99 ist nur ein Mann im Jahre 1914 fahnenflüchtig geworden, und zwar im Februar.

Deutsche Schutzgebiete.

Der Vertrag über den Bau der Bahnstrecke Bidjola-Njong der Mittellandbahn in Kamerun ist dem Reichstag zugeworfen. Der Vertrag ist zwischen dem Kaiser des Schutzgebietes Kamerun und der Deutschen Kolonial-Eisenbahnbau- und Betriebsgesellschaft in Berlin abgeschlossen worden. Als Vergütung für die vertragsmäßigen Leistungen und Lieferungen erhält die Unternehmerin 1.850.000 M. Die Länge der Strecke Bidjola-Njong beträgt 133,8 Kilometer. Durch den Etat sind für den Bahnbau 48.350.000 M. bereitzustellen. Die Summe der Bauausgaben für die Strecke Bidjola-Njong beläuft sich auf 26.250.000 M.

Eine offizielle Abstreitung zu der Meldung der „Wiener Allgemeinen Zeitung“. Ein offizielles Berliner Telegramm der „Kölnischen Zeitung“ meldet: Zu den zahlreichen phantastischen Meldungen, die seitdem Deutschland und England über die Abgrenzung kolonialer Interessen in Afrika in Verhandlungen eingetreten sind, über den Inhalt und das Ergebnis der Verhandlungen verbreitet werden, gestellt sich eine neue, die der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ von London zugeht. Es ist überflüssig, auf den Inhalt der Meldung näher einzugehen. Es genügt festzustellen, daß sie das Erzeugnis journalistischer Phantasie ist.

Keine Gebietsabtretung vom Kongostaat an Deutschland. Der Pariser „Figaro“ erklärt sich für autorisiert, die lebhafte aufgetauchte Meldung zu dementieren, daß die belgische Regierung gegen die Summe von 2½ Milliarden Mark 880.000 Quadratkilometer vom belgischen Kongo an Deutschland abtreten werde.

Ausland.

Frankreich.

Revoil im Sterben. Paris, 27. April. Nach einer Meldung aus Marseille liegt der ehemalige Vizepräsident und frühere Präsident der Ottomane Bank Revoil auf seinem Landgut Mouries im Sterben. Revoil war der Vertreter Frankreichs bei der Konferenz von Algier.

Handver-Verproviantierung nach deutschem Vorbild. Paris, 28. April. Der französische Generalstab beschäftigt bei den in diesem Jahre stattfindenden großen Manövern ein interessantes Experiment zu veranstalten, indem die am Manöver teilnehmenden Truppen ausschließlich mit Gefrierfleisch verproviantiert werden sollen. Von dem

Ausfall dieses Versuchs soll es abhängen, ob die französische Militärverwaltung nach deutschem Muster Gefrierhallen in verschiedenen Militärbezirken errichten wird.

Ein schwerer Reitunfall eines Generals. Bourges, 27. April. General Guhier, der Inspektor der Reserveformationen des 8. Bezirks, wurde von seinem Pferde, das plötzlich scheu wurde, aus dem Sattel geworfen und so schwer verletzt, daß er bewußlos liegen blieb. Sein Zustand ist hoffnungslos.

England.

Die Pluralwahlrechtsbill. London, 28. April. Die Pluralwahlrechtsbill ist im Unterhause in zweiter Lesung mit 324 gegen 247 Stimmen angenommen worden.

König Georg kommt nicht nach Berlin. London, 27. April. Keir Gardie fragte im Unterhause, ob das Kabinett im Hinblick auf die günstigen Ergebnisse des Königsbesuches in Paris die Ratsamkeit erwogen habe oder jetzt erwäge, dem König anzuempfehlen, den gleichen Besuch in Berlin zu machen zu dem Zweck, das wachsende Gefühl der Freundschaft zwischen dem britischen und dem deutschen Volke zu verstärken. Parlamentsuntersekretär Nelson erwiderte: Ich möchte Gardie daran erinnern, daß der König im letzten Jahre Berlin einen Besuch abgestattet hat, und ich höre, daß es dem König unmöglich sein wird, in diesem Jahre weitere Staatsbesuche im Auslande zu machen.

Italien.

Ein Rekord des Militärluftschiffes. Rom, 27. April. Nach einer Meldung des „Giornale d'Italia“ hat das Militärluftschiff heute eine Höhe von 1000 Meter und eine Stunden-geschwindigkeit von 84 Kilometer erreicht und damit, wie das Blatt erklärt, eine von Luftschiffen dieses Typs nicht erreichte Schnelligkeit erzielt.

Rußland.

Hoffnungen auf den Dreiverband. Petersburg, 27. April. Die russische Diplomatie erwartet aus dem Besuch des Königs von England in Paris vorzügliche Resultate für den Dreiverband. Es steht jetzt fest, daß der Präsident von Frankreich und der König von England im Sommer den Jaren besuchen werden und durch diese wichtige Begegnung könne ein vollständiger Erfolg für einen formalen Dreiverband geschaffen werden.

Die Arbeiten der Duma. Petersburg, 28. April. Heute tritt die Reichsduma zusammen, um nach Erledigung einiger unwesentlicher Vorlagen in den nächsten Tagen sogleich mit der Budgetberatung zu beginnen. Von größeren Entwürfen wird weder die Duma noch die Polizeireform zur Beratung gelangen. Dagegen stehen ein Gesetzentwurf über die Verantwortlichkeit der Beamten und ein solcher, in dem Kredite zur Durchführung großer Seeresprojekte verlangt werden, zur Beratung.

Schließung deutscher Turnvereine in Lodz. Warschau, 27. April. Die betrieblenen Gouvernementsbehörde verfügte die Schließung der drei alten deutschen Turnvereine in Lodz, Giech, Kraft und des Deutschen Sportgymnastischen Vereins. Die betroffenen Vereine werden am 29. d. M. zu dieser Maßnahme Stellung nehmen.

Schweden.

Das Befinden des Königs. Stockholm, 27. April. Das Abendbulletin über das Befinden des Königs besagt: Die Besserung im Befinden des Königs schreitet normal fort. Der König bringt den größten Teil des Tages im Bett zu, kann sich aber täglich kurze Zeit im Freien aufhalten.

Luxemburg.

Der belgische Besuch. Luxemburg, 28. April. An dem Galadiner, das gestern Abend nach dem Empfang des diplomatischen Korps im großherzoglichen Schloß stattfand, nahmen außer dem Königspaar alle Mitglieder der Regierung und das diplomatische Korps teil. Im Verlaufe des Mahles brachte die Großherzogin einen Trinkspruch aus, in dem sie das Königspaar herzlich bewillkomme, für den Besuch danke, auf die beiden Völker verbindenden Sympathien und die nahen verwandtschaftlichen Beziehungen beider Herrscherhäuser hinwies und dem König bat, ihr zu helfen, das freundschaftliche Verhältnis beider Länder noch enger zu gestalten. Der König dankte mit einem längeren warm gehaltenen Trinkspruch. Nach der Galatafel bekräftigten die Herrschaften die Illumination in der Stadt und nahmen später vom Balkon des Palastes aus den von 71 Gesellschaften veranstalteten Fackelzug in Augenschein.

Balkanstaaten.

Korbeptirus geräumt. Athen, 28. April. Wie der Agence d'Athènes gemeldet wird, haben die griechischen Truppen Korbeptirus vollständig geräumt.

Die Abfahrt des italienischen Geschwaders vor Durazzo. Durazzo, 28. April. Das italienische Geschwader ist heute wieder in See gegangen.

Türkei.

Ein dritter Dreadnought. Konstantinopel, 27. April. Nach Informationen aus guter türkischer Quelle hat die Flotte einer europäischen Macht den dritten Dreadnought in Auftrag gegeben, mit dessen Bau sofort begonnen und dessen Fertigstellung in 20 Monaten erfolgen soll.

Die Massenauswanderung der Thrakischen Griechen. Konstantinopel, 27. April. Der Minister des Innern, Talaat-Bey, hat im Anschluß an seine Inspektionsreise in Thrazien durchgeführte Maßnahmen angekündigt, um der großen Massenauswanderung der griechischen Bevölkerung zu steuern. Die griechische Presse in der Türkei bespricht diese Maßnahmen anerkennend. Die türkische Regierung verabsichtigt ein längeres Communiqué, in dem sie erklärt, daß sie mit der Auswanderung der Griechen nichts zu tun habe.

Vereinigte Staaten.

Wilson, Rockefeller und der Grubenstreik in Colorado. Washington, 27. April. Präsident Wilson hat persönlich an John Rockefeller appelliert, er möge eine Verständigung in dem Grubenstreik in Colorado herbeiführen und den Gewalttätigkeiten ein Ende machen, die viele Menschenleben gekostet und großen Schaden an Eigentum verursacht hätten. John D. Rockefeller hat dahin geantwortet, daß er seinen Sohn John D. Rockefeller jun., der seine Interessen vertritt, bitten werde, mit dem Vorsitzenden der Bergwerkskommission des Repräsentantenhauses, Foster, zusammenzutreten. Foster hat sich daraufhin auf Wunsch Wilsons nach New York begeben, wo er eine Besprechung mit

Rockefeller jun. hatte. Dieser hat es aber abgelehnt, die Streitigkeiten mit den Bergleuten einem Schiedsgericht zu unterbreiten. (Vergleiche Letzte Drahtberichte.)

Die Einwohnerzahl der Union. New York, 27. April. Nach dem Bericht des Zensusbureaus haben die Vereinigten Staaten 98 Millionen Einwohner, mit ihren ausländischen Besitzungen 100 Millionen.

Mittelamerika.

Ein neuer Erdbeben am Panamakanal. New York, 28. April. Am Panamakanal hat der Erdbeben bei Cucharoch die Arbeiten der letzten Monate vernichtet. Sachverständige erklären, daß dem Kanal selbst durch den neuen Erdbeben keinerlei Gefahr droht.

Kanada.

Einweihung eines Bewässerungsdamms. Winnipeg, 27. April. Der Präsident der Canadian Pacific-Eisenbahn, Lord Dufferin, welcher gegenwärtig auf seiner jährlichen Inspektionsreise begriffen ist, hat am Samstag den Bewässerungsdam in Bassano eingeweiht, der das größte Bauwerk dieser Art in der Welt darstellt.

Japan.

Offizielle Teilnahme an der Panama-Weltausstellung. Tokio, 27. April. Japan hat beschlossen, sich an der Panama-Ausstellung zu beteiligen.

China.

Die Militärregierung in der Mandschurei. P. T. A. Zigitar, 27. April. Die Befehlshaber der meuternden Truppenteile haben die Ordnung wieder hergestellt. Die Anhänger des Gouverneurs im Offizierskorps wurden entlassen. Das Arsenal wird von den Gegnern des Gouverneurs bewacht. Der Telegraph befindet sich in den Händen der Meuterer. Die Verbindung mit Peking ist nur durch den russischen Telegraphen möglich. Die Lage auf der Station Zigitar ist nach wie vor beunruhigend. Man befürchtet einen Zusammenstoß zwischen den meuternden Brigaden mit Heilungshou an der Spitze und den Polizeitruppen unter dem General Jibichun, der auf die Seite des abgesetzten Gouverneurs neigt. Viele Bewohner verlassen die Stadt. (Vergleiche Letzte Drahtberichte.)

Aus Stadt und Land.

Wiesbadener Nachrichten.

— **Todesfälle.** In seiner Wohnung in der Blatter Straße 176 starb gestern nachmittag der Bildhauer Nikolaus Grunthalder im Alter von 59 Jahren. — Der Generalmajor z. D. Waldemar v. Münnberg ist im Alter von 75 Jahren in seiner Wohnung Kapellenstraße 71 gestorben.

— **Kommunallandtag.** Der stellvertretende Königl. Landtagskommissar Regierungspräsident Dr. v. Meißner hatte gestern Abend im kleinen Konzertsaal des Kurhauses die Abgeordneten des Kommunallandtags des Regierungsbezirks Wiesbaden zu einem Essen geladen, zu dem auch die Beamten der Landesdirektion sowie die Spitzen der Behörden von Wiesbaden und Frankfurt a. M., im ganzen 106 Personen, eingeladen waren. Während des Mahls hielt der Regierungspräsident eine längere Rede, die mit einem Hoch auf den Landesherren ausklang, in das die Anwesenden einstimmig eintraten. Zu Beginn der Ansprache bemerkte der Redner, daß es ihm eine besondere Freude gewähre, Professor v. Ehrlich aus Frankfurt a. M. an der Tafelrunde zu begrüßen, der seine Studierstube verlassen, um einen vergnügten Abend mit den Abgeordneten des Bezirks zu verbringen. Diese Begrüßung hatte er besonders für nötig nach den vielen und ungerechtfertigten Anfeindungen, die in letzter Zeit gegen den hervorragenden Gelehrten gerichtet worden seien. Redner ging dann auf die Tätigkeit des 48. Kommunallandtags ein, dessen Schluß am 29. April bevorstehe. Er dankte den Abgeordneten für die Erledigung der ihnen gestellten Aufgaben und gab einen Überblick über die Tätigkeit des Kommunallandtags in den letzten 7 Jahren. Er dankte weiter den Beamten der Landesdirektion, vor allem dem Landeshauptmann, für die mit Fleiß und Umsicht verrichteten Leistungen und gedachte dann der Befähigung des Osthafens in Frankfurt a. M. durch den Kaiser im vergangenen Jahre. Herr von Meißner wies auch auf die bevorstehende Anwesenheit des Kaisers in der Bäderstadt Wiesbaden, in der er so gerne weile, hin, und gab bekannt, daß der Kaiser sein Hauptquartier während der großen Manöver im September d. J. im hiesigen Bezirk im nahen Bad Homburg nehmen werde. Geheimrat Justizrat Dr. Gumbert (Frankfurt a. M.) brachte im weiteren Verlauf des Mahls ein Hoch auf den Regierungspräsidenten aus. Der Redner überreichte den Regierungspräsidenten als einen bis ins kleinste orientierten Beamten, der Verständnis für alles habe. Geheimrat Justizrat Dr. Geiger (Frankfurt a. M.) ließ zum Schluß den Bezirk hochleben.

— **Lohnbewegung im Plattenwerke.** Die Plattenleger, deren Tarifvertrag am 1. April endete, waren in eine Lohnbewegung getreten und nach langwierigen Verhandlungen mit den Arbeitgebern ist, um einen Streik zu vermeiden, ein neuer Vertrag zustande gekommen, wonach die seitherigen Tarifsätze nicht unwesentlich erhöht wurden und auch noch andere Vergünstigungen zugesprochen werden mußten. Eine selbstverständliche Folgeerscheinung dieser erhöhten Lohnsätze wird eine Steigerung der Preise für die Plattenarbeiten sein.

— **Wien-Düsseldorf-Rheinland-Schiffahrt.** Am Freitag, den 1. Mai, nehmen die Schnellboote (Sprehfahrt) ihre regelmäßigen Fahrten wieder auf. Abfahrt von Wiesbaden morgens 9 Uhr 25 Min., Ankunft in Köln 4 Uhr 45 Min. nachmittags. Im Anschluß daran findet auch die regelmäßige Gepädbeförderung von hier nach Bielefeld wieder statt. Außerdem verkehren morgens noch Schiffe 8 Uhr 30 Min., 10 Uhr 20 Min., 12 Uhr 50 Min. bis Köln, und an Sonn- und Feiertagen mittags 2 Uhr 30 Min. bis Koblenz, 3 Uhr 20 Min. bis Ahmannshausen und zurück.

— **Geriichtliche Immobilienversteigerung.** Am Montag fand vor dem hiesigen Amtsgericht eine Immobilienversteigerung statt. Es handelte sich dabei um das königliche Haus Karlstraße 40. Höchst- und Eingabietende war die Nassauische Sparkasse, welche ein Gebot in Höhe von 40.000 M. einlegte. Rechte bleiben nicht bestehen, so daß Hypotheken in Höhe von 40.000 M. und 15.000 M. in Fortfall kommen. Die Nassauische Sparkasse hatte auf ihren Namen eine Sicherheitshypothek in Höhe von 3700 M. eingetragen. Die Schätzung des Preisgerichts belief sich auf 72.000 M. Die Zuschlagserteilung wurde ausgesetzt. Es handelt sich um ein Wohnhaus mit Hofraum und Nebengebäude mit 3 Mr 28 Quadratmeter Fläche.

— **Verhafteter Logischwindler.** In der Uniform eines Forstbeamten verübte ein Mensch hier seit einigen Wochen Logischwindereien, wobei er sich als Königl. Forstassessor ausgab, seine Wirtenn erfolgreich um Darlehen anbot und dann unter Hinterlassung seiner Logischwinderei heimlich verschwand. Die hiesige Kriminalpolizei nahm den Schwindler fest. Der falsche Forstassessor ging auch ein Liebesverhältnis mit einem jungen Mädchen ein und pumpte seine Braut um einen größeren Geldbetrag an.

— **Eine Schlägerei spielte sich in der vergangenen Nacht in der Dohheimer Straße ab.** Der 31 Jahre alte Gustav L. wurde dabei so übel zugerichtet, daß er von der Sanitätswache dem städtischen Krankenhaus zugeführt werden mußte.

— **Personal-Nachrichten.** Die Wahl des Oberlehrers Professor Schmitt zum Direktor des Lyzeums 1. des Oberlyzeums sowie der Studienanstalt hat die Allerhöchste Bestätigung gefunden. — Der Gerichtsassessor Dr. Rath von hier ist zum Amtsrichter ernannt und als hiesiger Amtsgericht vertritt. — Professor Spankus wurde zum Landrichter ernannt und als solcher nach Frankfurt a. M. versetzt. — Dem Regierungsbaumeister des Hochbauamtes Holz hiesig ist eine etatsmäßige Stelle als Regierungsbaumeister verliehen worden. — Regalbedirger a. D. Wankhoff hiesig erhielt den Königl. Kronenorden dritter Klasse.

— **Botanischer Ausflug.** Mittwoch, den 29. April, veranstalteten die Mitglieder der botanischen Abteilung des Nassauischen Vereins für Naturkunde einen Ausflug in die Umgegend von Bubenheim und Hülberborn. Die Abfahrt erfolgte mit dem Zuge 2 Uhr 20 Min. nach Niederrad. Gäste sind willkommen.

— **Güterrechtsregister.** Die Eheleute Buchhändler Karl Faust und Wilhelmine, geb. Schäfer, haben die Verwertung und Veräußerung des Mannes am Brauergut ausgeschrieben, die Eheleute Kaufmann Karl Horne und Lina, geb. Bums, geschiedene Lettmann, haben Gütertrennung vereinbart, ebenso die Eheleute Gärtner August Wilhelm Heinrich Müller und Elvira Marguerita Victoria, geb. Matthei, letztere in Biebrich a. Rh. wohnhaft.

— **Kleine Notizen.** Im Gemeindefest wurde gestern ein zur Kur hier weilender Fremder vom Schlag gerührt und verschied bald nachher.

Aus dem Landkreis Wiesbaden.

— **Biebrich, 27. April.** Die freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz von Biebrich hielt am Sonntagabend in der Turnhalle am Kaiserplatz eine Wohltätigkeitsveranstaltung ab, deren Reinertrag zur Beschaffung weiterer Ausstattungsgegenstände und Leihmittel Verwendung findet. Der Abend war vom Publikum außerordentlich gut besucht, und nahm unter Mitwirkung von Fräulein E. Ahrens (Violine), Frau M. Wengenmayer (Klavier), des Männerquartetts Biebrich (Chorgesang) und des Turnvereins Biebrich, gegründet 1846 (turnerische Vorführungen) einen wohl-gelungenen Verlauf.

(1) **Dohheim, 27. April.** Das goldene Ehejubiläum begehen am Mittwoch, den 29. d. M., der Tagelöhner Heinrich Phil. Michel und Ehefrau, Philippine Wilhelmine Christiane, geb. Kessel, Schiersteiner Straße 27, hieselbst.

2. **Bierstadt, 27. April.** Gestern nachmittag hielt die Kranken- und Sterbekasse, frühere eingefriedene Hilfskasse Nr. 70, ihre Schlussversammlung ab. Als die Kasse infolge gesetzlicher Bestimmungen die Auflösung beschließen mußte, verfügte sie noch über einen Reservefonds von 3500 M. Die Mitgliederzahl verminderte sich bereits rasch fast um die Hälfte. Dabei aber vermehrte sich die Zahl der kranken Mitglieder erheblich. Der Verein zählte nun noch 218 Mitglieder und verfügte über ein Vermögen von 314,17 M. Es erhielt also jedes Mitglied einen Anteil von 1,44 M., und die restierenden 27 Pf. kamen der Armenkasse zugute. Die an Stelle der Hilfskasse, die über 50 Jahre segensreich gewirkt, gegründete neue Privatkrankenpflege zählt zurzeit 119 Mitglieder.

3. **Bredenheim, 27. April.** Unter dem Vorsitz des Landrats Kammerherren v. Heimburg fand gestern der 38. Kreis-Kriegerverbandstag Wiesbaden-Land statt. Aus dem Jahresbericht war zu entnehmen, daß der Kreis-Kriegerverband in 38 Vereinen 3064 Mitglieder zählt und über ein Gesamtvermögen von 43 000 M. verfügt. An Unterhaltungen konnten im Berichtsjahr 5683 M. bewilligt werden. Die Zahl der Kriegsteilnehmer hat sich im Lauf des Jahres um 25 vermindert; sie beträgt heute noch 294. Bei den Ergänzungswahlen wurden Landrat v. Heimburg als 1. Vorsitzender, Hochheimer (Hörsheim) als 2. Schriftführer und Hauptmann Hummel (Hochheim) und Landwirt Wintermeyer (Sonnberg) als Beisitzer wiedergewählt. Zum Abgeordneten für den am 14. Juni l. J. in Eltville stattfindenden Bezirksverbandstag sind die Kameraden v. Heimburg und Beiser (Biebrich) ernannt worden. Für eine 20jährige Wirksamkeit als Vereinsvorstandsmitglieder hatten 14 Kameraden im Lauf des Jahres je ein Ruhfahnenbild erhalten; dazu kamen heute weiter die Kameraden Ph. Schäfer und Jos. Joost (Eldersheim). Die infolge Erhöhung der Bundes- und Landesverbandsbeiträge von 45 auf 75 Pf. für jedes Mitglied nötig gewordene Änderung der Satzung wurde genehmigt. Ort der Herbstversammlung ist Erbenheim.

4. **Aus dem Landkreis, 27. April.** Die Baumlüte, die gerade hier durch die ungeheure Zahl der Obstbäume außerordentlich reichlich wächst, ist gegenwärtig auf dem Höhepunkt angelangt, und es sollte jetzt niemand verschäumen, sich diese besondere Naturgüte anzusehen. Fast alle Bäume sind wie überschüttet mit Blüten und Ausnahmen findet man nur vereinzelt. Über den Stand der Feldfrüchte kann von hier ebenfalls nur Günstiges berichtet werden. Gerste und Hafer sind im allgemeinen gut aufgegangen; Korn und Weizen haben stellenweise gelitten unter der strengen Kälte des Winters. Übrigens wäre jetzt ein baldigst einsetzender warmer Regen erwünscht.

Provinz Hessen-Nassau.

Regierungsbezirk Wiesbaden.

Serbische Anerkennung.

— **Niederraden, 27. April.** Königl. Eisenbahndirektion zu Frankfurt a. M. hat dem hier stationierten Schaffner 2. Klasse ehrende Anerkennung und einen ansehnlichen Geldbetrag zugesprochen. Herr Köppler begleitete am 6. Oktober 1913 den Personenzug 1582 Niederraden-Wiesbaden als Zugführer und hat durch seine Geistesgegenwart, sein besonnenes, pflichttreues Handeln größtem Unglück vorgebeugt. Als er kurz am Bahnhof Erbenheim von der Tür des Waggons aus sich überzeugen wollte, ob der mit seinem Zug kreuzende Personenzug 1579 Wiesbaden-Niederraden schon eingefahren sei, gewahrte er, daß sein Zug in daselbe Geleise einfuhr, in welchem der von Wiesbaden kommende Zug bereits hielt. Angeichts der Gefahr sprang er nicht ab, sondern eilte

in den Wagen zurück und zog die Notbremse, so daß auf einer Entfernung von 8 Meter der Zug, jeglicher Verbindung mit der Maschine entbehrend, stand und allein die Lokomotive auf den von Wiesbaden kommenden Zug aufzufuhr. Menschen wurden dabei nicht verletzt, auch der Materialschaden betrug nur einige Hundert Mark.

— **Wb. Cronberg i. L., 27. April.** Hier trifft morgen früh um 11 Uhr ein Sonderzug mit Beamten des Eisenbahnministeriums und Baubeamten der Frankfurter Eisenbahndirektion ein, um die Neubauten der jetzt an den Staat übergebenen Cronberger Eisenbahn in die Wege zu leiten.

— **Königsstein, 27. April.** Als Gäste der Großherzogin-Mutter von Luxemburg nahmen gestern Freiherr v. Vinde und Gemahlin, Prinzessin Schille von Hessen und die Landgräfin von Hessen an der Mittagsstafel im Schloß teil.

— **Wc. Reilshaus, 27. April.** In der Wirtschaft „Zum Löwen“ fiel der Schokoladen-Automat herab, als der 6 Jahre alte Sohn des Küfers Leich ziehen wollte. Der Junge wurde schwer verletzt.

— **Wc. Reilshaus, 27. April.** In der Schreinerei Dischmann geriet der Maschinenarbeiter Morischhäuser mit einer Hand in das Getriebe der Maschine, die ihm vier Finger abschnitt.

— **Embs, 27. April.** Der älteste Einwohner von Embs, der Wademeister a. D. Franz Vommersheim, ist gestern im 88. Lebensjahre verschieden. Er stammte aus Königsstein, diente bei den Viebricher Jägern und kam 1864 hierher.

— **i. Limburg, 27. April.** Der Wehrbeitrag im Kreis Limburg hat einen Gesamtbetrag von 267 814 M. ergeben. Davon werden aufgebracht von den Städten Limburg 174 672 M., Camberg 14 656 M., Hadamar 9838 M. Von den Landgemeinden hat Dauborn einen Betrag von 20 774 M. und Dehn 17 220 M. aufzubringen. Den Restbetrag in Höhe von 30 982 M. bringen die übrigen Landgemeinden auf, davon den höchsten Betrag mit 4191 M. die Gemeinde Niederseifers.

Regierungsbezirk Kassel.

— **Hannau, 27. April.** Am Samstag fand im Rathausaal auf Veranlassung des Oberpräsidenten der Provinz Hannover und des Regierungspräsidenten in Kassel die angekündigte Konferenz von Vertretern der sechs südlichen Stadt- und Landkreise des Regierungsbezirks Kassel statt. Die Besprechung drehte sich um die Frage der Ausnützung der Rainwasserkräfte zu elektrischer Energie und die Versorgung dieser sechs genannten Kreise mit elektrischer Kraft. Gedacht ist an die Errichtung einer großen Überlandzentrale und Herstellung einer Verbindung der Rainwasserkräfte mit den Stauwerken im Wesergebiet. Die Anlage ist in Verbindung mit der Rainkanalisation geplant. Die Konferenz faßte noch keine bindenden Beschlüsse. Es soll dies einer späteren Versammlung vorbehalten bleiben.

Nachbarstaaten u. -Provinzen.

— **m. Bingen, 27. April.** Eine sehr ausgiebige Aussprache entspann sich in der heutigen Stadtverordneten-Versammlung über die Frage betr. die Aufhebung des Ufergeldes für Automobile. In der Aussprache wurde von einer Seite darauf hingewiesen, daß wohl keine Stadt für ihre Rheinufer so große Aufwendungen mache, wie gerade Bingen. Von anderer Seite wurden die Bestrebungen zur Hebung des Fremdenverkehrs entgegengehalten. Zum Schluß gelangte der Antrag des Finanzausschusses, die Erhebung des Ufergeldes aufzuheben, mit allen gegen 3 Stimmen zur Annahme. Von der Hausbesitzerzentrale lag der Stadtverordneten-Versammlung eine Eingabe vor, welche die Aufhebung der Kanalsteuer forderte. In der sehr lebhaften und langen Aussprache wurde hervorgehoben, daß diese Steuer in ganz ungerechtfertigter Weise nur die Hausbesitzer belaste, der Antrag wurde aber trotzdem gegen 7 Stimmen abgelehnt. — Die Baugewerkschule hat im Lauf der Jahre eine größere Anzahl Modelle angefertigt, die keinen richtigen Platz haben. Es soll daher eine Modellhalle gebaut werden. Die Mittel hierfür wurden bewilligt.

— **Δ Koblenz, 27. April.** Der hiesige Rechtsanwalt Dr. Laufenberg, der vor einigen Monaten wegen Verdachts der Unterschlagung und der gleichzeitigen Vertretung beider Parteien in demselben Prozeß verhaftet worden war, ist auf eine Beschwörung seines Verteidigers aus der Haft entlassen worden.

— **Wb. Gießen, 28. April.** In Traisfeld im Vogelsberg wurde der jüdische Händler Abraham Stein von einem Einbrecher ermordet. Seine Frau und vier Kinder, von denen die ältesten 23 und 24 Jahre alt sind, wurden schwer verletzt. Von dem Täter fehlt jede Spur.

— **w. Mannheim, 27. April.** Wie die „Neue Badische Landeszeitung“ meldet, verschied gestern an den Folgen eines Schlaganfalls der Gartenbauingenieur A. Keerl im 55. Lebensjahre. Keerl, der früher Leiter der Gartenbau-Ausstellung in Düsseldorf war, wurde im Jahre 1907 von der Stadt Mannheim als Leiter der Jubiläums-Gartenbau-Ausstellung berufen und stand seither in Mannheimer städtischen Diensten. Keerls Name auf gartenbautechnischem Gebiet hat weit über die Grenzen Deutschlands hinaus einen guten Klang. — Dasselbe Blatt erzählt, daß nach der jetzt abgeschlossenen Feststellung in Mannheim und seinen Vororten ein Gesamtwehrsteuerbeitrag von rund 8 800 000 Mark aufzubringen ist. Mannheim nimmt damit die erste Stelle unter den badischen Städten ein. Die Verendung der Forderungsgelder, die ursprünglich auf den 1. Mai festgesetzt war, ist verschoben worden, weil die Festsetzung des Beitrags im ganzen Reich noch nicht durchgeführt ist.

— **w. Ludwigshafen a. Rh., 28. April.** Der Einbrecher Paul Ludwig, der vor einigen Tagen in Rodheim den Gendarmen Kipling, als ihn dieser verhaften wollte, erschossen hat, wurde gestern abend gegen 11 Uhr in Rheingönheim von dem Oberwachmeister Stoffel nach festiger Gegenwehr festgenommen. Der Verhaftete hat die Tat eingestanden und wurde heute früh in das hiesige Amtsgerichtsgefängnis eingeliefert. Er hat am Kopf eine Wunde, die ihm der Gendarm Kipling noch kurz vor seinem Tod beibringen konnte.

— **w. Speyer, 28. April.** Am hiesigen Postamt wurde gestern nachmittag 5 Uhr eine ältere Witwe namens Stauder von einem Offiziersautomobil aus Worms überfahren und schwer verletzt. Die alte Frau wurde in das St. Vincenz-Krankenhaus gebracht, wo sie, wie die „Pfälzer Zeitung“ meldet, bald darauf ihren Verletzungen erlag.

Die auswärtige Politik in der Budgetkommission.

S. Berlin, 28. April. (Eig. Drahtbericht.) Die Budgetkommission des Reichstags nahm heute die durch die Osterferien unterbrochenen Arbeiten wieder auf und begann die Generaldebatte zum Etat des Auswärtigen Amtes. Der Reichskanzler hat es, wie der Vorsitzende mitteilt, abgelehnt, in der Kommission zu erscheinen, mit der Begründung, es sei bisher üblich gewesen, daß der Kanzler sich zur auswärtigen Lage nur im Plenum äußerte und nur rein vertrauliche Mitteilungen in der Kommission macht. Von dieser Übung abzugehen, liege im gegenwärtigen Augenblick kein Grund vor. Der Kanzler behält sich vor, im Plenum über die auswärtige Lage zu sprechen.

Der Berichterstatter Abgeordneter Baffermann gab sodann einen umfassenden Überblick über die allgemeine Lage in der auswärtigen Politik. Er stellte zunächst mit Genugtuung eine Festigung des Dreibundes fest, wies aber auch auf die Tatsachen feindlicher Unterströmungen gegen den Dreibundgedanken in Ungarn hin. Er fragte sodann an, ob zwischen Italien und Österreich ein Sonderabkommen über die Mittelmeerinteressen bestehe, ferner wünschte er Auskunft über die deutsch-englischen Verhandlungen in Zentralafrika. Der portugiesische Ministerpräsident Machado hat die Nachricht von einem englisch-deutschen Abkommen über das Einflußgebiet in den portugiesischen Kolonien als eine Unverschämtheit bezeichnet. Weiter wünscht der Berichterstatter Mitteilung über den Fall des Luftschiffers Berliner. Der Fall Poljakow in Köln sei eine Blamage für Deutschland. Ebenso der Fall Popoff in Schlesien. Beide Fälle hätten nicht zur Verbesserung der deutsch-russischen Beziehungen beigetragen. Schließlich fragte der Berichterstatter an, wie es mit der von der Presse behaupteten Verletzung des internationalen Postpaketsgesetzes im Verkehr mit Persien stehe und was für ein Bewenden, es habe mit der unfreundlichen Äußerung Esafonows, wonach Deutschland die Absicht habe, aus den jetzigen guten handelspolitischen Beziehungen im Jahre 1917 internationale Verwicklungen herbeizuführen. Abgeordneter Baffermann fragte weiter nach unseren Beziehungen zu Rumänien und meinte, daß die starke Anteilnahme Deutschlands an den Verhandlungen für die armenischen Reformen in der Türkei sehr bestimmt habe und daß die Affäre der deutschen Militärmission in der Türkei einen peinlichen Eindruck mache. Es sei überhaupt fraglich, ob die Militärmission einen nennenswerten Einfluß auf die Ausbildung der türkischen Armee ausüben werde. Die Beeinträchtigung des deutschen Prestiges im Falle eines neuen Verfalls der türkischen Armee wäre zu bedauern. Weiter stellte Baffermann die Frage, inwieweit die deutschen Interessen bei der Bagdadbahn gewahrt seien, wer den Hafen von Bagra ausbaue und welche Garantien geschaffen seien für die Schiffbarmachung des Schatt el Arab unterhalb Bagra.

Nach dem Berichterstatter ergriff der Staatssekretär von Jagow das Wort. Der Redner äußerte sich über einzelne vom Berichterstatter berührte Fragen. Seine Ausführungen sind zum größten Teil vertraulich; sie brachten aber nicht viel Neues.

Letzte Drahtberichte.

Entscheidende Maßnahmen gegen Ulfster.

— **# London, 28. April.** (Eig. Drahtbericht.) Das ganze Land wartet in atemloser Spannung auf die weitere Entwicklung der Ulfsterkriege, die in den letzten Tagen eine so bedenkliche Verschärfung erfahren hat. In der gestrigen Audienz Asquiths beim König und in dem darauffolgenden mehrstündigen Kabinettsrat sollen entscheidende Maßregeln gegen die Ulfsterkriege beschlossen worden sein. Der „Daily Mail“ zufolge haben sechs Schlachtschiffe und zwei Torpedobootzerstörer Befehl erhalten, sich zur Fahrt nach Irland bereit zu halten. Aus Belfast wird gemeldet, daß gestern abend 12 Uhr zwei Schiffe auf der Höhe von Larne erschienen seien, wo sie die ganze Nacht vor dem Hafen liegen blieben; anscheinend sind es Kreuzer. Ihre Scheinwerfer waren die ganze Nacht auf die Ufer gerichtet. In Bangen und in Donaghadee sollen gleichfalls Kriegsschiffe eingetroffen sein. Das neue Schlachtschiff „Iron Duke“ dürfte sich gleichfalls der gegen Ulfster entsendeten Flotte anschließen. In Ulster, einer Hafenstadt an der Westküste Schottlands, dem Geburtsort des Dichters Burns, wurde der Dampfer „Mama“ mit Besatzung belegt, weil er an der Waffenlieferung nach Ulfster beteiligt war.

Aus Mexiko.

Mexiko nimmt die Vermittlung offiziell an.

— **Wb. Washington, 28. April.** Der mexikanische Minister des Äußern Rojas hat dem hiesigen spanischen Botschafter Priano mitgeteilt, daß er die Mediation annehme.

Das Hauptquartier Fleischer.

— **Wb. Veracruz, 28. April.** Die amerikanische Flagge ist heute über dem Hauptquartier des Konteradmirals Fleischer gehißt worden. Bisher war sie nur über dem Zollamt gehißt.

Die Gefahr für die Angestellten auf den Ollandereien. — **R. Washington, 28. April.** Das Marineministerium ist von einer New Yorker Ollandgesellschaft, die Ländereien im Bezirk von Tampico besitzt, um Absendung einer amerikanischen Truppe ersucht worden, um hundert ihrer Angestellten zu retten, die sich jetzt auf den Ollandereien, 75 Meilen südwestlich von Tampico, befinden. In dem Gesuch wird erklärt, daß die Leute gut bewaffnet seien, daß sie aber infolge der Kämpfe zwischen den Konstitutionalisten und den Regierungstruppen nicht zu den amerikanischen Schiffen gelangen können.

Die Flüchtlinge.

— **Wb. New York, 28. April.** Wie aus San Francisco drahtlos gemeldet wird, befindet sich unter den Flüchtlingen aus Manzanillo auch der deutsche Konsul und seine Frau. Sie sind mit einem Dampfer am Samstag in San Diego in See gegangen.

— **Wb. Veracruz, 28. April.** Gestern ist ein Zug mit vielen Flüchtlingen hier eingetroffen. Darunter befinden sich nur 5 Amerikaner. Einige waren in Cordoba und einige im

Hauptquartier des Generals Maas in Solidad gefangen. Aus der Stadt Mexiko ist keiner gekommen.

Die Engländer und Deutschen.

wb. Mexiko, 28. April. Bis jetzt haben gegen 500 Engländer Mexiko und Veracruz verlassen. Von den Deutschen benutzten 90 Personen die vier Ausländerzüge nach Veracruz zum Verlassen der Hauptstadt. Von Chihuahua, Parol, Torreon und Durango brachten sich fast alle Deutsche in Sicherheit nach El Paso.

Aufenthaltsverbot für flüchtige Japaner in den Vereinigten Staaten.

R. Washington, 28. April. Der japanische Botschafter in Washington hat von dem Staatssekretär Bryan für die Japaner in Mexiko, die das Land zu verlassen wünschen, die Erlaubnis erwirkt, sich nach den Vereinigten Staaten begeben zu dürfen. Um dies zu ermöglichen, wird das Einwanderungsgesetz zeitweilig suspendiert werden müssen. Die Japaner wohnen hauptsächlich an der pazifischen Küste von Mexiko.

Ein englischer Dampfer von Seeräubern verbrannt

wb. Hongkong, 28. April. Der englische Dampfer „Taibu“ mit der Bestimmung nach dem Bestirder ist auf der Höhe von Riau (Nordamerika) von Seeräubern angehalten und verbrannt worden. 150 Passagiere und die Besatzung wurden von einem dazukommenden Dampfer aufgenommen. 180 Personen werden vermisst.

Zur Verbesserung der elsaß-lothringischen Landesfinanzen.

Berlin, 28. April. (Eig. Drahtbericht) Nach dem Amtsantritt des Statthalters v. Dallwitz dürften bestimmte Verhandlungen, die schon seit längerer Zeit zwischen der Reichsleitung und der Straßburger Regierung schweben, rascher in Fluß gebracht werden. Es handelt sich um die Erfüllung bestimmter finanzieller Wünsche, welche die elsaß-lothringische Landesverwaltung erfüllt sehen möchte, um die schlechten Landesfinanzen zu verbessern. Die elsaß-lothringischen Wünsche bewegen sich in der Richtung einer Beteiligung des Landes an den 20 bis 30 Millionen Mark betragenden jährlichen Erträgen der Sandeseisenbahn, die bisher vollständig in den Reichsfiskus geflossen sind und in einer Verminderung der Ausgaben für die Zollverwaltung, die dem Lande rund 1½ Millionen Mark Mehrausgaben verursachen und in Elsaß-Lothringen als doppelte Matrifularbeiträge angefallen werden.

Die Gothaische Ministerkrise.

Δ Gotha, 28. April. (Eig. Drahtbericht) Die Ministerkrise in Gotha zieht immer weitere Kreise. Wie jetzt bekannt wird, sind in der letzten Zeit eine ganze Reihe von Ernennungen, Titels- und Ordensverleihungen, namentlich an auswärtige Personen erfolgt, ohne daß der Minister v. Richter vorher gefragt worden war.

Das Befinden des Kaisers Franz Joseph.

wb. Wien, 28. April. Über das Befinden des Kaisers wird offiziell mitgeteilt: Der Kaiser verbrachte eine durch Husten zeitweise gestörte, im allgemeinen doch gute Nacht. Appetit, Kräftezustand und Allgemeinbefinden sind ganz zufriedenstellend.

Zum Fall Thormann.

○ Köslin, 28. April. (Eig. Drahtbericht) Zum Fall Thormann wird weiter gemeldet: Wie es scheint, hat sich die Familie der Frau gänzlich von Thormann losgesagt, und es sind bereits die nötigen Schritte eingeleitet, um eine Scheidung oder Ungültigkeitserklärung der Ehe herbeizuführen.

Die „Kossija“ geht ein.

○ Petersburg, 28. April. (Eig. Drahtbericht) Am 1. Mai russischen Stils wird die „Kossija“, welche die Anschauungen des Auswärtigen Amtes in ihren Leitartikeln zum Ausdruck zu bringen pflegte, eingehen. In ihrer innerpolitischen Richtung war das Blatt nicht immer mit der Regierung identisch, was auch der Grund ist, warum der Ministerpräsident die „Kossija“ aufzugeben beschloß.

Der Streikaufruf in Colorado.

London, 28. April. (Eig. Drahtbericht) Die Nachrichten aus dem Aufbaugebiet in Colorado lauten von Tag zu Tag alarmierender. Nach einer heftigen Schlacht haben die streikenden Bergarbeiter gestern die Grubenstadt Chandel eingekerkert. Vier Mann der Grubenwache wurden getötet. Einige werden vermisst. Über die Verluste der Angreifer war nichts Bestimmtes zu ermitteln. In Washington wird jetzt offiziell zugegeben, daß während der Streikunruhen 54 Mann getötet und 100 verwundet worden sind. In Ohio haben 10 Angehörige der Miliztruppen erklärt, daß die Truppen nur widerstrebend auf die Streikenden schossen. In Denver haben 5000 Bürger eine Versammlung abgehalten, in der verlangt wurde, daß die Offiziere und die Personen, die für die Ermordung der Frauen und Kinder verantwortlich sind, unter Anklage zu stellen seien. Die Söldner der beiden Rockefeller wird in schärfster Weise verurteilt. Ebenso wird hervorgehoben, daß die Goulds die Arbeiterkassette bisher in ihren Bergwerken nicht befolgt hätten und daß sie für die blutigen Revolten der Streikenden verantwortlich seien.

Zur Meuterei in Bizitar.

wb. Bizitar, 28. April. Nach der Kenntnisnahme des Berichtes des Staatschefs der rußischen Truppen, welcher hier den Ursachen der Meuterei nachforschte, entschloß sich die Regierung, den Forderungen der Meuterer nachzugeben. Die Meuterer gehen strafflos aus. Brigadegeneral Feulandou wird Befehlshaber der neu zu formierenden Division. Die entlassenen Offiziere werden weiter im Dienste belassen. Ebenso feiert der entlassene Militärgouverneur auf seinen Rußen zurück. Die Rußen gelten als beendet.

Ein Überfall in Korea.

wb. Tokio, 28. April. In der Nähe von Masamphor überfiel ein koreanischer Haufen japanische Landmänner. Eine militärische Abteilung, die zu Hilfe gerufen wurde, konnte nach einem Kampf, bei dem viele getötet und verwundet wurden, die Ruhe wiederherstellen.

Ein großer Fabriksbrand.

R. Baltimore, 28. April. Die Werke der Atlantic United States Fertilizer Company sind niedergebrannt. Der Schaden wird auf 5 Millionen Mark geschätzt.

§ Berlin, 28. April. (Eig. Drahtbericht) An Stelle des nach dem Rheinland zurückkehrenden Kapellmeisters Laug ist Dr. Fritz Stiedry als erster Kapellmeister an die Königl. Hofoper in Dresden engagiert worden. Dr. Stiedry entstammt einer Wiener Familie. Seine künstlerische Entwicklung ist durch Professor Nikisch entscheidend beeinflusst worden.

Wetterberichte.

Deutsche Seewarte Hamburg.

28. April, 9 Uhr vormittags.

1 = sehr leicht, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = stark, 7 = sehr, 8 = Sturm, 9 = Orkan, 10 = heftiger Sturm.

Beob.-Station.	Barom.	Windrichtung u. -stärke.	Wetter.	Therm. Cel.	Beob.-Station.	Barom.	Windrichtung u. -stärke.	Wetter.	Therm. Cel.
Borkum	771.1	N 2	bedeckt	8	Sollay	705.8	O 4	wolkig	+11
Hamburg	771.9	NW 4	halbbd.	8	Aberdeen	708.1			+ 9
Swinemünde	769.4	WNW 3	heiter	8	Paris				
Wien	769.2	WNW 3		10	Wien	772.5	O 3	halbbd.	+ 9
Amsterd.	772.8	O 1	Nebel	8	Christiansund				
Hannover	772.8	NW 1	bedeckt	8	Kopenhagen	766.9	W 3	wolkig	+ 8
Berlin	771.1	SW 2		8	Kopenhagen	768.6	NW 3	halbbd.	+ 9
Dresden	771.8	WNW 3	wolkig	8	Stockholm	762.2	WSW 2	heiter	+11
Breslau	770.1	WNW 2	bedeckt	10	Haparanda	747.5	S 2	Schnee	0.1
Metz	771.7	NO 3	wolkig	10	Petersburg	750.2	NW 2	wolkig	+ 3
Frankfurt	771.7	NO 2	Dunst	10	Warschau	761.7	W 1	heiter	+ 8
Karlsruhe	770.3	NO 3	wolkig	10	Wien	770.1	NNW 1	bedeckt	+12
München	770.3	NO 3	heiter	8	Rom	761.3	N 1	wolkig	+12
Zugspitze	685.1	O 2		8	Florenz				
Valencia					Seydlitzf.	754.3	NW 0	heiter	- 5

Beobachtungen in Wiesbaden

von der Wetterstation des Nass. Vereins für Naturkunde.

27. April	7 Uhr morgens.	2 Uhr nachm.	9 Uhr abends.	Mittel.
Barometer auf 0° und Normalschwere	762.8	761.0	761.0	761.6
Barometer auf dem Meerespiegel	772.2	771.0	771.0	771.7
Thermometer (Celsius)	12	17.5	12.7	13.1
Dunstspannung (mm)	5.4	6.8	7.2	6.4
Relative Feuchtigkeit (%)	62	43	65	57.0
Wind-Richtung und -Stärke	NO 2	O 3	N 5	—
Niederschlagshöhe (mm)	—	—	—	—
Höchste Temperatur (Celsius) 18.7.		Niedrigste Temperatur		4.1.

Höchste Temperatur (Celcius) 18.7, Niedrigste Temperatur 4.1.

Wettervorhersage für Mittwoch, 29. April 1914.

von der Meteorologischen Abteilung des Physikal. Vereins zu Frankfurt a. M.
Meist heiter, trocken, warm, schwache östliche Winde.

Wasserstand des Rheins

am 28. April:

Biebrich. Pegel:	2.24 m	gegen 2.25 m am gestrigen Vormittag
Caub.	2.38 m	2.62 m
Mainz.	1.54 m	1.56 m

Handelsteil.

Berliner Börse.

§ Berlin, 28. April. (Eig. Drahtbericht) Der Kurssturz der Kanadawerte, die 189.25 Proz. notierten und die ungeklärte mexikanische Lage veranlassen eine schwächere Eröffnung der Börse. Die Einbußen, die auf der ganzen Linie zu verzeichnen waren, erreichten jedoch nur bei Russenbanken, türkischen Tabakaktien, Orientbahn und einigen Montanwerten 1 Proz. Stärker waren Kattowitz, Naphtha sowie Licht und Kraft gedrückt. Vorübergehend zeigte sich dann die Börse widerstandsfähiger, jedoch blieb die Geschäftsverdrössenheit bestehen. Die weitere Verfallung der Kattowitz und Hohenlohe-Aktien rief namentlich am Montanmarkt weitere Rückgänge hervor. Verhältnismäßig widerstandsfähig waren Schiffahrtsaktien, namentlich Norddeutscher Lloyd. Heimische Banken waren meist unverändert. Sonst blieben die Kursveränderungen ungleichmäßig bei größerer Neigung zur Abschwächung. Tägliches Geld 2 bis 1½ Proz., kurzfristiges Geld über Ultimo 3½ Proz. Privatdiskont 2½ Proz. (gestern 2½ Proz.).

Frankfurter Börse.

= Frankfurt a. M., 28. April. (Eig. Drahtbericht) Die Börse eröffnete bei ruhigerem Geschäft und schwächerer Tendenz. Von der gestrigen Befestigung ist nur wenig übrig geblieben. Über die Verwicklungen in Mexiko ist man hoffnungsvoller gestimmt unter dem Eindruck der Vermittlungsaktion. Der Geldmarkt war etwas angelegert. Reporageld war billig und reichlich angeboten. Die Fusion Disconto-Gesellschaft-Schnaffhausen bildete auch heute noch den Hauptgesprächsstoff; auf die Kursentwicklung machte die zur Tatsache gewordene Transaktion keinen Eindruck mehr. Von Bahnen waren Amerikaner schwächer. Schiffahrtsaktien konnten das Kursniveau behaupten. Von Elektroaktien sind Edison abgeschwächt. Der Montanmarkt wurde durch wenig günstig gehaltene Berichte vom amerikanischen Eisenmarkt beeinflusst. Heimische Anleihen ruhig. Mexikaner schwächer. Die Haltung wurde später auch auf dem Kassa-Industriemarkt etwas schwächer. Die Börse schloß in schwacher Haltung. Privatdiskont 2½ Proz. (gestern 2½ Proz.).

Banken und Geldmarkt.

w. Eine Bankinsolvenz in Pforzheim. Pforzheim, 28. April. Das hiesige Bankgeschäft Greb u. Fröhlich, G. m. b. H., ist insolvent geworden. Der Platz Pforzheim dürfte kaum beteiligt sein. Als Ursache gelten Effektenverluste. Die beteiligten Banken in Frankfurt a. M., Paris und London sind, wie man hört, gedeckt. Das Kapital ist aber wahrscheinlich verloren.

Berg- und Hüttenwesen.

* Bergwerksgesellschaft Trier. Für das Geschäftsjahr 1913 betrug der Rohgewinn 2 468 834 M. (i. V. 1 114 592 M.). Nach ordentlichen Abschreibungen in Höhe von 1 388 860 M. (917 926 M.) und außerordentlichen Abschreibungen in Höhe von 724 648 M. (0) verbleibt ein Gewinnvortrag von 107 797 M. Im Vorjahr ergab sich ein Verlustvortrag von 147 429 M.

* Die größte Ruhrkohlenwerk „Graf Bismarck“ erzielte im ersten Quartal einen Reinüberschuß von 1 078 328 Mark (gegen 1 109 220 M. i. V. und 1 700 111 M. in derselben Zeit des Vorjahres). Daraus werden wieder 1 Mill. M. gleich 1000 M. pro Kux als Ausbeute verteilt.

Industrie und Handel.

* Aus der Drahtindustrie. Die Drahtstofffabriken kommen morgen zu einer Versammlung nach Kassel zusammen, um über die Situation in der Drahtindustrie zu beraten. Auf der Tagesordnung stehen u. a. die Beratung über die Mittel und Wege, um eine Besserung herbeizuführen, und die Feststellung von Mindestverkaufspreisen für Drähte und Drahtstoffe.

= Düsseldorf. Maschinenbau-A. G. vorm. J. Losenhausen. Düsseldorf, 27. April. In der heutigen Generalversammlung wurde der bereits mitgeteilte Jahresabschluß genehmigt. Die Dividende von 10 Proz. (i. V. 6 Proz.) ist sofort zahlbar.

* Kölner Verlagsanstalt und Druckerei, A. G. in Köln. Die Generalversammlung beschloß eine Dividende von 4½ Proz. Die Verwaltung teilte über die Aussichten mit, daß die ersten Monate des laufenden Geschäftsjahres eine weiter zunehmende Beschäftigung gebracht hätten.

* Eine neue Zementfabrik? In Einbeck wurde nach dem „Hann. Cour.“ die Firma Einbecker Kalkwerk in eine Aktien-Gesellschaft umgewandelt. Das Aktienkapital beträgt 2 Mill. Mark. Die Errichtung einer großen Zementfabrik soll alsbald erfolgen.

Verkehrswesen.

= Güterverkehr in den Häfen zu Mainz. Im Monat März betrug die Zufuhr zu Berg 598 855 Tonnen, zu Tal 32 114 Tonnen, die Abfuhr zu Berg 8364 Tonnen, zu Tal 37 528 Tonnen. Der Gesamtverkehr betrug im März 1914 137 861 Tonnen, im März 1913 134 441 Tonnen, März 1914 + 3420 Tonnen.

Weinbau und Weinhandel.

= Bingen, 27. April. Die Winzergenossenschaft Gau-Algesheim versteigerte gestern erstmalig ihre Weine. Es erbrachten: 1912er Weißwein 33 Stück 500 bis 680 M., 5 Halbstück 360 bis 690 M.; Rotwein: 6 Halbstück 330 bis 520 M. Gesamterlös 24 050 M. ohne Faß.

Genossenschaftswesen.

= Spar- und Darlehnskasse, a. G. m. b. H., Oberursel. Oberursel, 27. April. Im Saale des „Frankfurter Hof“ dahier hielt gestern die hiesige Spar- und Darlehnskasse, a. G. m. b. H., ihre ordentliche Generalversammlung unter Leitung des Vorsitzenden des Aufsichtsrats, Herrn Privatier A. Dröser, ab. Das Geschäftsergebnis der Genossenschaft, welche dem Revisionsverbande der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften zu Wiesbaden sowie der Genossenschaftsbank für Hessen-Nassau angeschlossen ist, ist auch in dem 20. Jahre ihres Bestehens ein sehr günstiges zu nennen. Die Geschäftsanteile betragen 43 702 M., der Reservefonds hat die Höhe von 24 004 M. und die Guthaben der Mitglieder nebst den Spareinlagen sind Ende 1913 mit 492 872 M. ausgewiesen. Der Umsatz in 1913 hat die Höhe von 1.7 Millionen Mark. Am 31. Dezember 1913 gehörten der Genossenschaft 555 Mitglieder an, gegenüber 538 Ende 1912. Der Vereinsdirektor Herr Stadtverordneter J. J. Meister berichtete eingehend über die innere Verwaltung der Genossenschaft. Der Vorstand habe im Jahre 1913 21 Sitzungen abgehalten, während der Aufsichtsrat zu 5 Sitzungen zusammengetreten sei und schließlich vier gemeinsame Beratungen beider Organe stattgefunden hätten. Die Revision der Genossenschaft durch Herrn Verbandsrevisor Hirsch aus Wiesbaden habe zu Beanstandungen keinen Anlaß gegeben. Jahresrechnung und Bilanz wurden erschöpfend durch den Buchhaltungsvorsteher Herrn Knuschka vorgelesen und hierauf einstimmig die Rechnung genehmigt, dem Vorstände Entlastung erteilt und die vom Aufsichtsrat und Vorstand

vorgeschlagene Reingewinnverteilung beschlossen. Die turnusgemäß ausscheidenden Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder wurden wiedergewählt. Hierauf nahm Herr Verbandsdirektor Petitjean das Wort zu dem angekündigten Vortrag „Der Stand des deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und die Tätigkeit des Revisionsverbandes der nassauischen landwirtschaftlichen Genossenschaften“. Reicher Beifall lohnte die lichtvollen Ausführungen des Redners. Gegen 6 Uhr wurde die Generalversammlung von dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats Herrn Dröser geschlossen.

Handelsregister Wiesbaden.

In das Handelsregister A Nr. 207 ist bei der Firma „Ph. Besier“, mit dem Sitze zu Wiesbaden, folgendes eingetragen worden: Die Firma ist offene Handelsgesellschaft geworden. Persönlich haftende Gesellschafter sind Kaufmann Heinrich Besier und Tapezierer Adolf Besier, beide in Wiesbaden. Die Gesellschaft hat am 1. April 1914 begonnen. Zur Vertretung der Gesellschaft ist nur der Gesellschafter Heinrich Besier ermächtigt. Die frühere Prokura des Kaufmanns Heinrich Besier ist erloschen.

Marktberichte.

= Aus dem Bericht der Preisnotierungsstelle der Landwirtschaftskammer für den Regierungsbezirk Wiesbaden. Mannheim, 27. April. Preise für 100 kg. Weizen 20.25 bis 20.60 M., Roggen 16.25 bis 16.60 M., Gerste 16.75 bis 18.25 M., Hafer 16.75 bis 18 M., La Plata 15.60 M. — Mainz, 24. April. Preise für 100 kg. Weizen 20.50 bis 21.25 M., Roggen 16.25 bis 17 M., Hafer 17.60 M. — Diez, 24. April. Preise für 100 kg. Rot-Weizen 20.60 M., fremder Weizen 20 M., Roggen 15.88 M., Braugerste 16.54 M., Futtergerste 13.84 M., Hafer 16.20 M.

O. Heu- und Strohmarkt zu Frankfurt a. M. vom 28. April. Man notierte: Heu per 50 Kilo 8.20 M. Geschäft: laßhaft. Die Zufuhren waren aus Oberhessen.

Schiffsliste für billige Briefe

nach den Vereinigten Staaten von Amerika.

10 Pf. für je 20 g. — Postschluß nach Ankunft der Frachtschiffe.

Die Postermittlung erstreckt sich nur auf die Briefe, nicht auch auf Postkarten, Drucksachen usw. und gilt nur für Briefe nach den Vereinigten Staaten von Amerika, nicht auch nach anderen Gebieten Amerikas, z. B. Canada.

Kronprinz Wilhelm	28. April	ab Bremen.
Imperator	2. Mai	» Hamburg.
Kronprinzessin Cecilie	5. »	» Bremen.
Amerika	9. »	» Hamburg.
Kaiser Wilhelm der Große	11. »	» Bremen.
Vaterland	14. »	» Hamburg.
Prinz Friedrich Wilhelm	15. »	» Bremen.
Kaiser Wilhelm II.	19. »	» Bremen.
Kaiserin Augusta Victoria	21. »	» Hamburg.
Kronprinz Wilhelm	25. »	» Bremen.
Imperator	27. »	» Hamburg.
George Washington	30. »	» Bremen.
Kronprinzessin Cecilie	5. Juni	» Bremen.

Alle diese Schiffe sind Schnelldampfer oder solche, die für eine bestimmte Zeit vor dem Abgange die schnellste Beförderungsgeschwindigkeit bieten. Es empfiehlt sich, die Briefe mit einem Leitvermerk, wie »direkter Weg« oder »über Bremen oder Hamburg« zu versehen.

Die Abend-Ausgabe umfaßt 12 Seiten.

Verantwortlich: H. Degerhorst.

Verantwortlich für den politischen Teil: H. Degerhorst; für den literarischen Teil: H. Degerhorst; für den Sport und das allgemeine Publikum: H. Degerhorst; für den Geschäfts- und Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Landwirtschafts-Teil: H. Degerhorst; für den Handel-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst; für den Verkehrswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Weinbau-Teil: H. Degerhorst; für den Genossenschaftswesen-Teil: H. Degerhorst; für den Berg- und Hüttenwesen-Teil: H. Degerhorst; für den Banken- und Geldmarkt-Teil: H. Degerhorst; für den Handelsteil-Teil: H. Degerhorst; für den Industrie-Teil: H. Degerhorst

